



Plenarprotokoll

107. Sitzung

Freitag, 18. Dezember 2015

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ und zur Anpassung eines Staatsvertrags

.....
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/3572 (neu)

Zukunftskonzept für HSH Nordbank entwickeln

.....
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3666

Neustrukturierung der HSH Nordbank - Ja zu sinnvollen Maßnahmen zum Risikoabbau, Nein zum 16-Milliarden-Blankoscheck für die Landesregierung

.....
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3667

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3691

8976	Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	8977
	Tobias Koch [CDU].....	8977
	Thomas Rother [SPD].....	8979
	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8980
8976	Wolfgang Kubicki [FDP].....	8982, 8991
	Torge Schmidt [PIRATEN].....	8984, 8992
	Lars Harms [SSW].....	8986, 8990
	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	8988
	Dr. Heiner Garg [FDP].....	8988
	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	8989
	Monika Heinold, Finanzministerin	8993
8976	Beschluss: 1. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 18/3666 und 18/3667	
	2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/3572 (neu).....	8995

Gemeinsame Beratung**b) Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze**

8995

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3678**c) Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos ..**

8995

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3682 (neu)**d) Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen**

8995

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3683**Nur die Kontrolle der Außengrenzen Europas ermöglicht den Verzicht auf Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen**

8995

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3692

Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 8996

Angelika Beer [PIRATEN]..... 8997, 9005

Birte Pauls [SPD]..... 8998

Astrid Damerow [CDU]..... 8999

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 9000

Lars Harms [SSW]..... 9002

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa..... 9003

Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3678, 18/3682 (neu) und 18/3683 sowie des Änderungsantrags Drucksache 18/3692 an den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss... 9006

Unabhängige Verbraucherberatung absichern

9006

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3643**Verbraucherschutzoffensive für Schleswig-Holstein statt Existenzbedrohung der Verbraucherzentrale**

9006

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3681

Tobias von Pein [SPD]..... 9006

Karsten Jasper [CDU]..... 9007

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 9008, 9015

Anita Klahn [FDP]..... 9009

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 9011

Flemming Meyer [SSW]..... 9012

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie..... 9013

Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/3681
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3643..... 9015**Gemeinsame Beratung****a) Bündnis für Industrie.SH**

9015

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3638**b) Eckpunkte der industriepolitischen Strategie des Landes**

9015

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3532Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3639**c) Industriepolitische Konzept des Landes erarbeiten**

9016

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1964Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3640

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichter- statter.....	9016	Bericht für die Unterrichtssituation im Schuljahr 2014/15	9017
Beschluss: 1. Annahme und Übernah- me der in Drucksache 18/3638 enthaltenen Beschlussempfehlung der Mitglieder des Wirtschaftsaus- schusses		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3621	
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3532		Beschluss: Überweisung an den Bil- dungsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	9017
3. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1964.....	9016	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge- schäftsordnung des Schleswig-Hol- steinischen Landtags	9017
ÖPNV mit zusätzlichen Regionali- sierungsmitteln im ländlichen Raum stärken	9016	Drucksache 18/3665	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3636		Beschluss: Annahme mit Änderung...	9017
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss.....	9016	a) Bündnis für Industrie.SH	9019
Ökolinier fördern und deren Ak- zeptanz erhöhen	9016	Beschlussempfehlung des Wirt- schaftsausschusses Drucksache 18/3638	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3646		b) Eckpunkte der industriepoliti- schen Strategie des Landes	9019
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss.....	9016	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3532	
Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betreffend Verfassungsbeschwerde gegen Regelungen des Rechts der Spielhallen in Berlin, des Bayeri- schen Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspiel- wesen sowie des Gesetzes zur Neu- regelung des Glücksspielwesens im Saarland	9016	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/3639	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3650		c) Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten	9019
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	9017	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1964	
Beschluss: Keine Abgabe einer Stel- lungnahme durch den Schleswig- Holsteinischen Landtag.....	9017	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/3640	
		Johannes Callsen [CDU].....	9019
		Tobias von Pein [SPD].....	9020
		Christopher Vogt [FDP].....	9021

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen und eröffne die Sitzung des heutigen Tages. Zunächst begrüße ich unseren ehemaligen Kollegen, den Ex-Abgeordneten Andreas Beran, herzlich in unseren Reihen.

(Beifall)

Entschuldigt oder besser gesagt beurlaubt sind Minister Stefan Studt und Minister Dr. Robert Habeck. Erkrankt ist die Abgeordnete Regina Poersch. - Von hier aus gute Besserung!

(Beifall)

Weiterhin hat der Abgeordnete Christopher Vogt nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung des Landtages verhindert ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ und zur Anpassung eines Staatsvertrags

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/3572 (neu)

Zukunftskonzept für HSH Nordbank entwickeln

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3666

Neustrukturierung der HSH Nordbank - Ja zu sinnvollen Maßnahmen zum Risikoabbau, Nein zum 16-Milliarden-Blankoscheck für die Landesregierung

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3667

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/3691

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise auf die Vorlage.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank für diesen umfassenden Bericht.

Die Worterteilung erfolgt jetzt, weil wir schon dazu gesprochen haben, nach Fraktionsstärke. Damit hat Herr Abgeordneter Tobias Koch für die CDU-Fraktion das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will meine heutige Rede mit ähnlichen Worten beginnen wie der Kollege Rasmus Andresen seine am vergangenen Mittwoch. Die Abstimmung über die HSH-Staatsverträge ist eine der schwerwiegendsten Entscheidungen und mit Sicherheit die finanziell gravierendste Entscheidung, die dieser Landtag in seiner Geschichte je zu treffen gehabt hat. Sie ist aus meiner Sicht aus drei Gründen sogar noch schwieriger zu fällen als die **Entscheidung des Jahres 2009**.

Erstens hat sich das **Haftungsrisiko** für die Länder aus Garantie und Gewährträgerhaftung mittlerweile auf rund 20 Milliarden € reduziert. Im Jahre 2009 lag es mit 65 Milliarden € noch mehr als dreimal so hoch.

Zweitens konnte man damals zwar durchaus Zweifel am **Geschäftsmodell** der HSH Nordbank haben, heute wissen wir aber mit Sicherheit, dass die Bank in ihrer jetzigen Form nicht überlebensfähig ist.

Drittens waren die **Beratungen** im Jahr 2009 im Vorfeld der Abstimmung über den Staatsvertrag deutlich intensiver und ausführlicher, als es jetzt in den sieben Wochen von Ende Oktober bis heute der Fall war. Ich will daran erinnern, dass wir damals mit den Präsidenten von SoFFin und BaFin hier persönlich in Kiel diskutiert haben. Insbesondere BaFin-Präsident Sanio hat damals eindringlich vor dem Experiment einer kontrollierten Abwicklung gewarnt. Auch alle übrigen ins Spiel gebrachten Alternativen waren damals aus seiner Sicht nicht empfehlenswert. Auch die Möglichkeit einer Übernahme von Altlasten durch den Bund war damals bei der Abstimmung über den Staatsvertrag genauso wenig gegeben, wie es heute der Fall ist. Im Jahr 2009 gab es somit gewichtige Gründe, die Ent-

scheidung genau so zu treffen, wie CDU und SPD es damals gemeinsam getan haben.

Es ist ja keinesfalls so, dass die Entscheidung des Jahres 2009 die Ursache für die Krise der Bank gewesen ist. Genauso wenig ist übrigens auch die Reduzierung der Garantiesumme im Jahr 2011 dafür verantwortlich, dass die Bank heute nicht mehr lebensfähig ist. Deshalb ist es schon eine gewisse Ironie der Geschichte, dass heute aus Reihen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen um Zustimmung der Opposition geworben wird, während die gleichen Personen 2009 mit Nein gestimmt haben, obwohl die Risiken damals für das Land und auch die Sparkassen um ein Vielfaches höher waren, als sie es heute noch sind.

Mit dem jetzt deutlich gesunkenen Haftungsrisiko, mit der veränderten Einschätzung zum Geschäftsmodell der Bank und mit den zwischenzeitlich entwickelten Abwicklungsmechanismen als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise rückt die Möglichkeit einer **Abwicklung der Bank** deutlich stärker in den Fokus, als dies unter den Gegebenheiten des Jahres 2009 der Fall sein konnte. Heute wäre eine Abwicklung der Bank zwar eine schwere finanzielle Belastung für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, damals wäre sie für beide Bundesländer hingegen existenzbedrohend gewesen.

Auf der anderen Seite ist eine Abwicklung auch heute noch mit der Gefahr von unkalkulierbaren Kollateralschäden verbunden. Ich meine damit nicht nur die Auswirkungen auf die Sparkassenfamilie hier in Schleswig-Holstein, ich meine auch die Auswirkungen auf die Reputation und die Kreditwürdigkeit des Landes selber. Aber auch mit einer Zustimmung zu den Staatsverträgen ist eine Abwicklung der HSH Nordbank ja keinesfalls ausgeschlossen, sondern sie ist im Falle eines erfolglosen Verkaufsprozesses lediglich um zwei Jahre verschoben, inklusive der dann für die Sparkassen auftretenden Folgewirkungen.

Ich habe bereits am Mittwoch darauf hingewiesen, dass entgegen den Annahmen der Landesregierung eine Abwicklung im Jahr 2018 auch teurer werden kann als zum jetzigen Zeitpunkt. Die zugrundeliegenden Annahmen der Landesregierung, die eine Fortführung der HSH Nordbank vorteilhaft erscheinen lassen, sind nämlich in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Nur wenn man wie die Landesregierung die **Risiken aus der Garantieaufstockung**, die Risiken aus der Übernahme der Altlasten und die seit Oktober gesunkene Gewährträgerhaftung außen vor lässt, geht die Rechnung der Landesregierung auf.

(Tobias Koch)

Der Ministerpräsident hat in seiner Haushaltsrede am Mittwoch immerhin eingeräumt, dass man bei veränderten Annahmen auch zu anderen Ergebnissen kommen könne

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja zwingend!)

und dass niemand heute mit Sicherheit sagen könne, welche Berechnung am Ende zutreffend sei. Herr Ministerpräsident, das gilt aber eben genauso auch für die Berechnungen und Annahmen der Landesregierung selber.

Meine Damen und Herren, unter diesen äußerst schwierigen und komplexen Voraussetzungen, die mit einem hohen Maß an Unsicherheit belastet sind, sollen die Abgeordneten des Landtages nun heute eine Entscheidung treffen. Die CDU-Fraktion hat dabei weder eine Blockadehaltung eingenommen, noch macht sich die CDU vom Acker, wie uns am Mittwoch vorgeworfen wurde.

Seitdem sich im Jahre 2012 die Verluste für die Länder immer deutlicher abgezeichnet haben, haben wir immer wieder gefordert, **Vorsorge für diese Risiken** zu treffen. SPD, Grüne und SSW haben mit ihrer Abkehr vom strikten Konsolidierungskurs stattdessen das genaue Gegenteil getan. Wir hätten uns unsere Entscheidung deshalb heute ganz einfach machen können und hätten auf die verfehlte Haushaltspolitik von Rot-Grün-Blau verweisen und damit unsere Ablehnung der Staatsverträge begründen können. Das hätte man dann vielleicht als Blockadepolitik bezeichnen können. Das haben wir aber nicht getan.

Wir hätten uns auch um die Entscheidung herumdrücken können, indem wir angesichts der fehlenden Gutachten über den **Marktwert** der zu übernehmenden **Altlasten** eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt hätten. Aber auch diese berechnete Argumentation wollen wir nicht dazu verwenden, um uns bei der Entscheidungsfindung vom Acker zu machen. Wir haben stattdessen gemeinsam mit der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft einen Weg gesucht, der die Risiken so weit wie möglich begrenzt und unter diesen Voraussetzungen dann auch eine Zustimmung der Opposition zu den Staatsverträgen ermöglicht.

Den entsprechenden Änderungsantrag mit unseren Vorschlägen haben wir rechtzeitig vor der Abstimmung in beiden Parlamenten eingebracht. Während die Regierungsfractionen darauf immerhin verhalten positiv reagiert und auch Gesprächsbereitschaft signalisiert haben, mussten wir erleben, dass die Finanzministerin diesen konstruktiven Vorschlag

vom Tisch gewischt hat, kaum dass wir ihn unterbreitet hatten.

Das Totschlagargument von Monika Heinold hieß: Die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Begrenzung der Kreditermächtigung widerspreche der **Einigung mit der EU-Kommission**. Dabei ist die Frage der Kreditermächtigung überhaupt nicht Gegenstand der Einigung mit der EU-Kommission. Die Einigung sieht vor, dass die Länder Altlasten im Volumen von 6,2 Milliarden € übernehmen sollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht sollen, sondern können!)

- Bis zu dieser Summe übernehmen können. Egal wie, Herr Kollege Kubicki, in jedem Fall sieht diese Einigung keine Regelung dahin gehend vor, wie die Länder das finanzieren sollen. Ob oder in welcher Höhe sie dazu eine **Kreditermächtigung** einer Anstalt geben oder ob sie das direkt aus dem Landeshaushalt finanzieren, ist der EU-Kommission vollkommen egal. Deswegen ist die Behauptung der Finanzministerin, der CDU-Antrag hätte die sofortige Abwicklung der HSH Nordbank zur Folge gehabt, blanker Unsinn.

(Beifall CDU)

Nach einer Woche des Nachdenkens und nach intensiven Beratungen in den Regierungsfractionen hörte sich das am Mittwoch dann auch ganz anders an. Jetzt war nur noch von einem falschen Signal an die Märkte die Rede. Im nächsten Jahr wäre die Finanzministerin jetzt sogar bereit, einer Änderung des Staatsvertrags näherzutreten und darüber nachzudenken und dann der CDU-Forderung Folge zu leisten.

Meine Damen und Herren, es ist schön, dass die Landesregierung jetzt von ihrem Totschlagargument abrückt; diese Einsicht kommt allerdings viel zu spät angesichts der in Hamburg bereits getroffenen Entscheidung. Ich hätte erwartet, dass sich die Landesregierung genau diese Gedanken bereits zum Zeitpunkt der Verhandlungen mit Hamburg gemacht hätte und damals schon darauf gedrungen hätte, die Risiken für das Land so weit wie möglich zu begrenzen. Die Formulierung im Staatsvertrag hätte dann gemäß dem Vorschlag von Monika Heinold nämlich auch lauten können: Die **Abwicklungsanstalt** wird zur Aufnahme von Krediten über 6,2 Milliarden € ermächtigt, maximal jedoch bis zur Höhe des Marktwertes der zu übernehmen Risikopositionen. Dann wären wir uns in diesem Punkt einig gewesen. Wenn man als Landesregierung schon nicht selbst auf die Idee kommt, eine solche Be-

(Tobias Koch)

grenzung der Kreditermächtigung in den Staatsvertrag hineinzuverhandeln, dann sollte man konstruktive Vorschläge der Opposition nicht leichtfertig vom Tisch wischen.

(Beifall CDU)

Nun sollen wir ohne eine entsprechende Regelung im Staatsvertrag als Opposition trotzdem zustimmen. Wir sollen darauf vertrauen, dass die Regierung im nächsten Jahr darüber nachdenkt, in Gespräche mit Hamburg einzutreten, ob möglicherweise die **Kreditermächtigung** reduziert werden kann. Wie soll man sich als Opposition auf eine derartig vage Aussicht verlassen, wenn uns die Regierung gleichzeitig per Umdruck schriftlich mitteilt, dass die Kreditermächtigungen deshalb so hoch angesetzt werden, damit sich die Milliardenverluste der HSH Nordbank erst ab dem Jahr 2030 auf den Landeshaushalt auswirken? Alle bis dahin anfallenden Bearbeitungskosten, Finanzierungsaufwendungen und Abwicklungsverluste sollen im Rahmen dieser übergroßen Kreditermächtigungen von den beiden AÖRs getragen werden und erst dann in den Landeshaushalt übernommen werden, wenn die Regierung Albig längst in Vergessenheit geraten ist. Erst dann sollen diese Verluste auf den Landeshaushalt übertragen werden.

Meine Damen und Herren, niemand kann von uns erwarten, dass wir einen derartigen Blankoscheck für die Einrichtung eines Schattenhaushalts ausstellen, der nur dazu dienen soll, die Wahrheit über die Verluste bis auf die Zeit nach 2030 außerhalb des Landeshaushaltes zu verstecken. Die CDU-Fraktion wird die Staatsverträge deshalb heute in der vorliegenden Form ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer gefühlten dritten Lesung kommen wir nun zur Beschlussfassung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung eines Staatsvertrags und der Errichtung der hsh portfoliomanagementanstalt des öffentlichen Rechts.

Leider, und ich glaube, das ist hier durch den Vortrag des Kollegen Koch schon deutlich geworden, ist es nicht gelungen, FDP, CDU oder Piratenfrakti-

on von einer Zustimmung zu dieser Vorlage zu überzeugen.

(Volker Dornquast [CDU]: Wenn ihr vernünftig gearbeitet hättet!)

- Ach, Herr Dornquast, über Ihre Arbeit vor allem als Staatssekretär im Innenministerium wollen wir lieber schweigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Haltung von FDP und PIRATEN, die Bank sofort abzuwickeln, ist allerdings aus meiner Sicht zumindest in ihrer grundlegenden Positionierung nachvollziehbar, jedoch nicht in ihrem Ergebnis. Die teuren Folgen einer solchen Entscheidung sind im Beratungsverfahren schon beschrieben worden, auch wenn die Grundlagen für diese Einschätzung einem besonderen Vertrauensschutz unterliegen. Das ist nun einmal leider so. Die aus gutem Grund an dieser Stelle vorhandene eingeschränkte Transparenz dient den Fraktionen von FDP und PIRATEN zu einem Ausstieg aus der Sache. Eigentlich könnten jedoch zumindest Herr Schmidt und Herr Dr. Garg zustimmen, da sie Einsicht in die Unterlagen hatten und in der Sache und auch bei der Entscheidung Einsicht zeigen könnten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb ja!)

In der Ausschussberatung ist nochmals erörtert worden, warum eine Beschlussfassung noch im Dezember sinnvoll ist. Höhere Rechtssicherheit und die Vermeidung des **Erfordernisses des Erwerbs einer Banklizenz** sowie einer Eigenkapitalunterlegung der AÖR sind als Begründung schon bereits vor vier Wochen hier genannt worden. Über die goldene Brücke, die wir als Koalitionsfraktionen der CDU für eine Zustimmung bauen wollten, wollten Sie ja leider nicht gehen, Herr Koch. Es ist gestern im Ausschuss noch einmal vorgetragen worden: Wir hätten natürlich in einem begleitenden Beschluss festhalten können, dass wir die Landesregierung bitten, mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in Verhandlungen zur Reduzierung der Kreditermächtigung für beide Anstalten einzutreten, sobald absehbar ist, welcher Kapitalbedarf erforderlich ist.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das jetzt in die ausverhandelten und von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossenen Staatsverträge nachträglich hineinverhandeln zu wollen, ist - und das wissen Sie doch selbst - vom Verfahren her absurd. Die Finanzministerin hat ihre Position in

(Thomas Rother)

der Tat weiterentwickelt. Dies so beiseitezuzwischen, ist tatsächlich nur die Suche nach einem Ausweg. Sie suchen schlicht und einfach nach einem Weg, um partout nicht zustimmen zu müssen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich möchten Sie, und das kann ich sogar verstehen, vor Ihren Hamburger CDU-Kolleginnen und -Kollegen nicht das Gesicht verlieren. Sie entscheiden sich aber heute besseren Wissens gegen unseren Vorschlag und ziehen ihren Antrag nicht zurück. Während die PIRATEN und die FDP sich immerhin geradlinig verhalten, suchen Sie krampfhaft nach einem Ausweg aus einer Position, die im Prinzip eigentlich die Ihre ist, wenn ich Ihrer Darstellung richtig folgen konnte. Ihr Zitat aus dem vertraulichen Umdruck in Bezug auf die **Folgen für den Landeshaushalt** stand heute sogar in den „Lübecker Nachrichten“. Insbesondere als streng vertraulich gekennzeichnete Unterlagen werden ja anscheinend gleich weitergegeben. Von daher ist so etwas schon öffentlich und kein Staatsgeheimnis mehr. Herr Koch, so übernimmt man tatsächlich nicht Verantwortung, sondern schleicht sich auf eine peinliche Weise aus einer solchen heraus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei wäre ein Signal der Geschlossenheit und des Verantwortungsbewusstseins wichtig. Es wäre ein Signal nicht nur an die EU-Kommission und an die EZB, es wäre auch ein Signal an die Geschäftspartner und an die Kunden der Bank. Es wäre sogar ein Signal an einen potenziellen Käufer der Bank. Es wäre vor allem auch ein Signal an die Beschäftigten der Bank, vor allen Dingen natürlich an die am Standort Kiel, dass ihre Interessen, dass ihre Belange in diesem Verfahren nicht im Parteiengezänk untergehen,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

denn mit dem Beschluss des Gesetzentwurfs ziehen wir eben nicht den oft zitierten Schlussstrich, sondern beginnen ein weiteres und wahrscheinlich das letzte Kapitel in der Geschichte der HSH Nordbank. Die weitere Tätigkeit der Bank - der Wertpapierverkauf, der Ankauf durch die AöR und die Vorbereitung der Privatisierung - werden uns ab Januar vor allem in den Ausschüssen weiterhin intensiv beschäftigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles andere zu diesem Thema wurde tatsächlich bereits gesagt. Ich

bitte um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Frau Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein paar Tage vor Weihnachten und kurz vor unserer Weihnachtspause fällen wir hier heute eine sehr schwierige Entscheidung, nicht nur für unsere jetzige Generation, sondern auch für zukünftige Generationen.

Diese Entscheidung machen wir uns alle nicht leicht. Wir alle haben damit gerungen und ringen vielleicht immer noch, ob in meiner eigenen Fraktion, in der Koalition oder in der Opposition.

Ich bedanke mich bei allen, die am intensiven Beratungsprozess der letzten Wochen und auch an den meist fairen Debatten untereinander dazu teilgenommen haben. Es ist unausweichlich, dass die Verluste, die aus sehr vielen Entscheidungen zur HSH Nordbank hervorgehen, auch im Landeshaushalt ankommen, und zwar unabhängig davon, ob wir heute die Hand für den Regierungsentwurf heben, ob wir die Hand für einen Änderungsantrag heben oder ob wir die Hand für ein Nein heben. Es ist unausweichlich: Die Verluste werden ankommen, egal welche Entscheidung wir alle hier fällen.

Uneins sind wir uns über die **Gewichtung der Risiken**. Unsere Entscheidung wird nach unserer Einschätzung nicht zu mehr Verlusten führen. Es wird versucht, zu retten, was noch irgendwie zu retten ist. Das ist eine Entscheidung mit unglaublich vielen unbekanntem, unzähligen Abhängigkeiten und Unsicherheiten. Gewissheit haben wir alle nicht, egal welcher Vorschlag vorliegt. Aber alle in diesem Haus sind ernsthaft bemüht, die Risiken für den Landeshaushalt zu minimieren.

Ich gehe davon aus, dass auch diejenigen, die in den vergangenen Jahren die Weichen gestellt haben, sich die jeweiligen Entscheidungen nicht leichtgemacht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Na ja!)

Wir wissen auch, dass wir diese weitreichenden Schritte heute nicht einleiten müssten, wenn sich

(Eka von Kalben)

deren Hoffnungen bestätigt hätten. Es geht eben nicht darum, wer Schuld hat und wer rückwirkend Verantwortung trägt, sondern heute sitzen hier 69 Abgeordnete, und wir tragen jetzt die Verantwortung für die heutige Entscheidung. Das ist es, worauf es ankommt. Egal, ob Sie mit einem Nein stimmen oder für einen Änderungsantrag oder für den Antrag, den die Regierung hier vorgelegt hat, den Staatsvertrag: Wir alle übernehmen heute Verantwortung, und darauf kommt es an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt: Bei allem Unbehagen gibt es eine gute Nachricht. Denn dieses Mal ziehen wir absehbar einen Schlusstrich, aber einen unglaublich teuren Schlusstrich. Wir wollen zumindest die Möglichkeit schaffen, den **operativen Teil der Bank** zu verkaufen. Es ist zumindest den Versuch wert, die Verluste durch den Verkaufserlös zu reduzieren.

Wir gehen davon aus, dass die Auswirkungen weniger gravierend sind, wenn wir dem Staatsvertrag zustimmen, als wenn wir uns dagegen wenden und uns damit auch gegen die Einigung zwischen den Ländern und der EU stellen.

Diese Verhandlungen sind nicht nur hier oder nur mit Hamburg geführt worden, sondern sie sind auch mit dem Bund und mit der EU geführt worden. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei Monika Heinold, Philipp Nimmermann und allen zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums bedanken, die in den letzten Wochen jederzeit ansprechbar waren und alle Fragen beantwortet haben - im Beteiligungsausschuss, in den Fraktionen und in persönlichen Gesprächen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Ringen um die Entscheidung ist kein Dissens zur Regierung. Wir wissen, dass Monika Heinold und Philipp Nimmermann voll und ganz im Interesse des Landes handeln. Für uns ist klar: In besseren Händen hätte die Entscheidung über die Bank nach unserer Meinung nicht liegen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese Ministerin hat so gehandelt, dass der größtmögliche Schaden vom Land abgewendet werden kann. Ich weiß auch aus vielen persönlichen Gesprächen, wie schwierig diese Entscheidung war und wie schwierig es auch ist, danach Dinge zu verteidigen, die zum Teil vertraulich zu behandeln

sind. Alle diejenigen, die Mitglied im **Beteiligungsausschuss** sind, werden es ebenfalls wissen: Das ist eine schwierige Situation. Auch dafür ein ganz großes Lob.

Da können Sie, Herr Koch, hier noch so einen großen Popanz über goldene oder meinetwegen auch hölzerne Brücken oder sonst etwas, was gebaut oder nicht gebaut wurde, aufbauen. Was mir heute wirklich nicht gefallen hat, auch nach dem, was wir gestern im Finanzausschuss besprochen haben, ist, dass Sie erneut die Worte der Ministerin umdrehen, verdrehen und die Angebote verdrehen. Das ist in einer solchen Debatte einfach schade. Wir haben hier am Mittwoch die Inhalte ganz klar ausgetauscht, wir haben dies auch im Finanzausschuss getan. Sie wollen nun einen anderen Weg gehen, der unserer Meinung nach nicht machbar ist. Wir haben gesagt, wir können etwas beschließen, worauf wir die Regierung festlegen. Und im nächsten Jahr, wenn uns das Gutachten vorliegt, wenn wir mehr über den Finanzrahmen wissen, könnten wir darüber reden, den Finanzrahmen zu reduzieren. Das wollten Sie nicht. Das ist Ihre politische Entscheidung. Dann hier aber einen solchen Popanz daraus zu machen angesichts einer solch schwierigen Entscheidung, das finde ich sehr schade.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch Folgendes erwähnen: Besonders hart ist die Situation auch für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank. Besonders die Beschäftigten in Kiel machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze hier vor Ort. Wir bleiben mit ihnen im Gespräch, aber wir können heute nichts versprechen.

Ich möchte die individuellen Bedenken und Sorgen auch meiner Fraktion nicht verschweigen und gleichzeitig deutlich machen, dass wir diese Entscheidung gemeinsam tragen. Viele von uns hatten schlaflose Nächte. Wir sind davon überzeugt, dass die Einigung mit der EU und die **Aufspaltung der Bank** die bestmögliche Variante ist. Doch das bedeutet, dass auch wir heute unsere Hand heben werden, um die Verluste für das Land sichtbar zu machen.

Seit vielen Jahren haben alle versucht, ob Regierung oder Opposition, die drückende Zinslast im Haushalt zu senken, um Beinfreiheit für politische Gestaltung zu bekommen. Wir alle wissen um die Unterfinanzierung, auch wenn Sie die Schwerpunkte anders setzen: Infrastruktur, im sozialen Bereich, in der inneren Sicherheit, im Bereich der Bildung,

(Eka von Kalben)

beim Klimaschutz. Es ist bitter, in diesen Bereichen seit Jahren sagen zu müssen, warum wir nicht deutlich mehr dafür ausgeben können, um die Scherben einer Bank auf Irrwegen zu finanzieren.

Wir befinden uns in einem Spannungsfeld zwischen **staatlicher Verantwortung** und dem **dynamischen Finanzsektor**. Einige der Informationen, die für die Entscheidungsfindung besonders wichtig sind, wurden vertraulich behandelt. Das passt nicht zusammen mit unseren Vorstellungen von Transparenz und demokratischer Kontrolle. Aber wir sehen auch, dass Politik in die Zwickmühle gerät, wenn sie sich auf Finanzmärkten tummelt.

Diese Bank im Landeseigentum hätte es niemals geben dürfen, sie hätte niemals so groß werden dürfen. Aber es ist auch klar: Von hinten her sieht sich vieles klarer. Wir müssen heute nach vorne entscheiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die heutige Entscheidung sollte keine Frage von Parteifarben sein, sondern eine Frage von Blau, Weiß und Rot, den Farben Schleswig-Holsteins. Wir ziehen einen Schlussstrich, und wir versuchen, das so vermögensschonend wie möglich zu machen. Es macht uns wütend, dass wir die Realisierung der großen Verluste mit dieser Entscheidung umsetzen. Aber zwischen zwei Alternativen, die uns würgen, ist dies die bessere. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Erkenntnisgewinn seit Mittwoch und seit den Ausschussberatungen und die Erfahrungen im Leben tendiert gegen Null. Deshalb möchte ich mich in meinen Ausführungen nur noch auf ganz wenige Fragen konzentrieren.

Zunächst aber macht es Sinn, wenn man nach vorne schauen will, auch einmal kurz nach hinten zu schauen, um aus Fehlern zu lernen, wobei ich nicht sagen will, dass das HSH-Gesetz ein Fehler gewesen ist.

Als wir 2008 der HSH Nordbank vonseiten Hamburgs und Schleswig-Holsteins jeweils 1 Milliarde € zugeführt haben, war die Begründung, warum die HSH Nordbank das zunächst bekommen sollte, sie wolle ihr Eigenkapital ausweiten, um ihr Geschäftsfeld weiter ausweiten zu können, also weiter tätig werden zu können. Ich habe das nachgelesen und weiß, dass das im Finanzausschuss eine falsche Erklärung gewesen ist. Das war nämlich ein Verlustausgleich, den die Bank bis zum Ende des Jahres benötigte. Dies habe ich im Finanzausschuss gesagt. Wer jetzt in die Eigenkapitalzuführung einsteigt, der muss wissen, dass diesem Schritt weitere folgen müssen, wenn die Behauptung richtig sein soll, dass diese Bank am Markt bestehen bleibt.

2009 - auch das habe ich noch einmal nachgelesen - war ja der Vorschlag gemacht worden, nicht nur Schleswig-Holstein und Hamburg, sondern vielleicht auch den Bund daran zu beteiligen. Die Diskussion damals war: Wenn wir jetzt einsteigen anstelle des Bundes, dann bleibt die **Wertaufholung** bei uns, das heißt, dann haben wir die volle Rendite daraus und nicht der Bund. Schon damals haben Monika Heinold und ich gesagt: Die Erwartung und die Hoffnung, dass sich die Krise sehr schnell bewältigen lassen wird bei der geringen Eigenkapitalausstattung der Bank im Hinblick auf das, was kommen wird, wird sehr trügerisch sein.

Damals habe auch ich gesagt - ich möchte das nur wiederholen, Herr Kollege Koch -, es wäre sinnvoller, statt 3 Milliarden € Kapital zuzuführen und 10 Milliarden Bürgschaft zu geben, also eine Garantie zu geben, um die Eigenkapitalquote künstlich zu stärken, 10 Milliarden € Eigenkapital zuzuführen. Also ein vernünftiger Eigentümer, der damals vielleicht 13 Milliarden hineingepackt hätte, hätte sonst Probleme mit Gebühren und anderen Dingen mehr. Aber dazu war damals niemand bereit, weil den Menschen in Schleswig-Holstein damals nicht hätte klargemacht werden können, dass wir als Länder 13 Milliarden € in die Bank hineinpacken und möglicherweise darauf verzichten müssen, daraus eine **Rendite** zu erzielen.

Wir können so viel herumreden, wie wir wollen. Wir reden ja nicht mehr darüber, dass wir Vermögen des Landes Schleswig-Holstein generieren, sondern wir reden darüber, Verluste, die eintreten werden, zu minimieren. Wir stehen also jetzt vor der Frage: Was wird im Zweifel teurer oder günstiger? Ich wiederhole mich. Wenn man die Erwartung hat, dass man im Jahre 2018 welchen Korpus der HSH Nordbank auch immer an einen Investor veräußern möchte, um damit einen signifikanten

(Wolfgang Kubicki)

Kaufpreis zu erzielen, dann muss man diesen Schritt beschreiten, den Sie jetzt vorschlagen. Wenn man diese Erwartung nicht hat, dann darf man diesen Schritt nicht beschreiten, und zwar deshalb, weil wir wissen - ich verrate keine Geheimnisse -, dass eine Abwicklung im Jahre 2018 bei nicht erfolgtem Verkauf definitiv teurer werden würde als eine Veräußerung zum jetzigen Zeitpunkt. Das hat mit vielen Gründen zu tun. Wir haben darüber schon häufiger diskutiert. Das muss jeder mit sich selbst ausmachen.

Ich kann die Menschen verstehen, die sagen, wir sind von dieser Hoffnung getragen. Wenn wir diese Maßnahmen jetzt ergreifen, hoffen wir, dass die **HSH Nordbank** tatsächlich in einem Kernbereich signifikant werthaltig veräußert werden kann. Dann können wir die Verluste minimieren. Machen wir das nicht, werden die Verluste größer als heute. Das Ergebnis werden wir erst bei der Endabrechnung im Jahre 2018 feststellen können.

Einige Argumente sind belustigend, Herr Kollege Koch. Die Union schlägt vor, dass man die **Kreditermächtigung** für den Abwicklungsfonds in Höhe von 6,2 Milliarden € genehmigt, maximal - so habe ich gehört - bis zur Höhe des Marktwerts der zu übernehmenden Papiere. Das ist deshalb richtig intelligent, weil Sie mehr als den Marktwert der Papiere nicht brauchen und deshalb eine Kreditermächtigung, die über den Wert dieser Papiere hinausgehen würde, nicht in Anspruch genommen würde.

Unabhängig von dieser Frage macht es wenig Sinn, wenn Sie sagen: 6,2 Milliarden € Kreditermächtigung beziehungsweise maximal das, was ausgegeben werden muss. Denn es ist ja so, dass mehr als das, was ausgegeben werden muss, auch nicht in Anspruch genommen werden kann.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Ja, Herr Kollege Koch, man muss auch mit diesem Märchen aufhören, dass die Einigung mit der EU zwingend vorschreibt, dass die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein jetzt für 6,2 Milliarden € Papiere aufkaufen; sie ermächtigt lediglich. Die Idee ist zunächst, dass die Papiere am Markt veräußert werden sollen. Die Behauptung, wir signalisieren dem Markt jetzt, indem wir eine entsprechende Ermächtigung schaffen, dass wir Vertrauen in die Bank haben, ist relativ kindisch, denn wenn der Markt die Papiere nicht aufnimmt, hat er auch kein Vertrauen in die Bank. So einfach ist das.

(Beifall FDP)

Es gibt gute Gründe, sich so zu verhalten, man muss sie aber nicht mit falschen Argumenten unterfüttern wollen, um die Bevölkerung in die Irre zu führen.

Noch einmal: Wir alle stehen vor der Entscheidung, entweder dem Prinzip Hoffnung zu folgen und weiter zu finanzieren oder **Abwicklung** der Bank mit entsprechender Kostenminimierung. Wir können uns in dieser Frage deshalb nicht entscheiden, weil die Bewertungsgrundlagen schlicht und ergreifend nicht ausreichend sind, das alles durchrechnen zu können. Wir werden deshalb der Beschlussvorlage des Finanzausschusses nicht zustimmen können, aber jeder andere, der sich anders verhält, kann es damit begründen, dass er wirklich fest daran glaubt, dass mit dem Weg, der jetzt beschritten wird, die Verluste minimiert werden können. Wir denken das eher nicht. Wir werden im Jahre 2018 sehen, wohin es läuft. Vielleicht werden wir es auch schon viel früher feststellen. Wir werden uns die Bilanzen zum 31.12.2015 ansehen. Denn alles, was wir jetzt machen, wird keine Auswirkungen auf die Bilanz haben. Wir schauen uns an, was im Laufe des Jahres 2016 passieren wird; denn wenn die Marktteilnehmer, die der HSH Nordbank ihr Geld leihen müssen, ihr Vertrauen verlieren, dann wird der Stecker herausgezogen.

Wir werden uns auch anschauen, was die Rating-Agenturen machen werden. Da ist die Hoffnung, dass das, was in diesem Lande passiert, die Rating-Agenturen gnädig stimmt. Wenn man sich aber die Berichte der Vergangenheit durchliest, die HSH Nordbank habe kein Geschäftsmodell, das tragfähig ist, sie werde nur nicht downgegradet, weil die Länder ihre Hand darüber hielten, muss man jetzt feststellen, dass dieses Hand-darüber-Halten nun wegfällt. Ob das Signal, wir machen von der Ermächtigung der EU-Kommission möglicherweise Gebrauch, der Bank noch Papiere abzunehmen, ausreichen wird, steht auch in den Sternen. Warum steht es in den Sternen? - Weil die Bank nicht komplett von ihren Lasten befreit wird, sondern nur zu einem Teil.

Man kann das jetzt beschreien, man muss aber keine Angst haben, weil die Marktteilnehmer, die in diese Geschäfte gehen, ohnehin intelligent genug sind und nicht auf das hören und warten, was im Schleswig-Holsteinischen Landtag gesagt oder nicht gesagt wird. Die Leute, die am Markt operieren, sind durchaus intelligenter als viele von denen, die hier sitzen, mich eingeschlossen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Torge Schmidt?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Torge Schmidt [PIRATEN]: Vielen Dank, Herr Kubicki. Sie haben gerade von den Rating-Agenturen gesprochen und dass die Entscheidungen, die wir treffen werden, die Rating-Agenturen befriedigen sollen. Ich meine, es war die Rating-Agentur Fitch, die in ihrem Rating-Bericht ausdrücklich geschrieben hat, dass sie die Entscheidung, die wir hier treffen, gerade sehr negativ bewertet. Sie ist der Meinung, dass sowohl im Falle des Verkaufs der Bank in zwei Jahren beziehungsweise sofern das nicht erfolgt und die Abwicklung der Bank geschehen sollte, dieser Ausblick für die Anleger extrem kritisch und extrem negativ zu bewerten ist. Deswegen hat sie ihren Ausblick für die HSH Nordbank auf negativ belassen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, Sie haben aber die HSH Nordbank nicht downgraded. Hätten sie das getan, müssten wir die Bank jetzt sofort abwickeln, weil sie schlicht und ergreifend nicht mehr marktfähig wäre, also keine Kredite mehr von den großen Fonds oder von anderen Marktteilnehmern bekommen könnte, dass also kein Geld mehr in die Kasse gespült würde. Davor scheuen sie noch ein wenig zurück. Man muss sich sehr genau ansehen, ob die Behauptungen des Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, die Bank habe in ihrem operativen Geschäft eine Zukunft, zutreffend sind, ja oder nein.

Ich bin ganz vorsichtig, wenn man sich ansieht, welche Geschäfte die HSH Nordbank im Jahre 2015 getätigt hat, dann ist das nicht das, was Grundlage für die Sunrise-Garantie gewesen wäre. Momentan sind sie dabei, Immobilienfinanzierungen in Bereichen vorzunehmen, von denen wir wissen, dass es problematisch wird, wenn sich die Zinssituation ändert. Denn die Bank ist wieder dabei, sich Klumpenrisiken einzuhandeln. Die Marktteilnehmer werden genau dies bewerten und sich fragen: Wer tritt anschließend dafür ein, wenn sich

aus diesen Klumpenrisiken wieder neue Verluste ergeben? Da es keine weitere Möglichkeit für das Land Schleswig-Holstein gibt, die Hand darüber zu halten, schauen wir uns die Entwicklung des Jahres 2016 an. Vielleicht kommen wir gar nicht bis zum Jahr 2018, aber das ist nicht mein Problem.

Mein Problem ist die Frage: Reicht die Entscheidungsgrundlage für uns aus? - Meine Einschätzung, meine Erwartungshaltung ist eine andere als die von Ihnen. Aber ich kann die von Ihnen nachvollziehen, und die Entscheidung ist genau an diesem Punkt zu treffen: Ja oder nein. - Egal, wie man sich entscheidet, kann man hinterher keinem der Abgeordneten einen Vorwurf machen, dass er sich in seinen Erwartungen an bestimmte Kriterien gehalten hat und die Zukunft in einer bestimmten Art und Weise bewertet hat.

Noch einmal: Meine Fraktion - wir haben darüber beraten - kann der Beschlussvorlage nicht zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitarbeiter der HSH Nordbank und Mitglieder der Schifferbrüderschaft Lauenburg/Elbe von 1635. Sie sind Gäste des Abgeordneten Olaf Schulze.

(Beifall)

Seien Sie uns alle herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag! - Für die Piratenfraktion hat das Wort der Herr Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind zwischen Hammer und Amboss geraten. Wir sind in Bedrängnis. Wir stehen vor der Situation, dass wir eine weitreichende Entscheidung treffen sollen, die eigentlich nicht die Unsere ist, weil wir nur das entscheiden können, was heute noch möglich erscheint. Die angebotenen Varianten, die wir schon am Mittwoch diskutiert haben, sind in der Substanz keine Alternativen mehr. Sie sind Varianten zur Beendigung eines missglückten politischen Wegs, der seit Jahren durch eine missglückte Politik geebnet wurde.

(Beifall PIRATEN)

Aber wie kann ich das den Menschen verständlich machen, hinter deren Rücken die Entscheidungen

(Torge Schmidt)

getroffen, mit deren Geld spekuliert wurde, mit deren Vertrauen wir und die Vorgängergeneration an Politikern ausgestattet wurden und das in diesem Land bitter verspielt wurde? Wie kann ich ihnen erklären, dass wir alle hier heute über etwas entscheiden sollen, dass zum einem höchst theoretisch und spekulativ ist und zum anderen von den wenigsten wirklich durchschaut wird? Wie kann ich Politik erklären, wenn ich nicht über das sprechen darf, was ich als einziger Abgeordneter meiner Fraktion im Beteiligungsausschuss erfahren habe und was ich allen anderen vorenthalten muss?

(Zuruf: Eine sehr gute Frage!)

Ich sage es hier ganz deutlich: All das kann und will ich nicht leisten.

(Beifall PIRATEN)

Darum möchte ich an dieser Stelle den NDR korrigieren, der am Mittwoch im Schleswig-Holstein-Magazin berichtet hat, dass auch die PIRATEN den Regierungsplänen zustimmen würden.

(Beifall PIRATEN)

Das tun wir ganz ausdrücklich nicht!

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht, wir haben intensiv in der Fraktion darüber diskutiert und erkennen an, dass sich die Landesregierung intensiv um einen tragfähigen Weg bemüht hat. Wir erkennen auch das Bestreben der CDU- und FDP-Fraktion an, ihren Beitrag zur Lösung der Misere zu leisten.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei Staatssekretär Nimmermann bedanken, der sich die Zeit genommen hat, um mit uns ausführlich in der Fraktion zu diskutieren. Sie selbst haben uns dargelegt, wie intensiv Sie sich mit der **HSH Nordbank** beschäftigt haben, nachdem Sie nach Schleswig-Holstein gekommen sind, wie viel Zeit Sie gebraucht haben, um diese Bank zu durchdringen, und wie komplex die Materie ist.

Ich selbst beschäftige mich erst wirklich intensiv mit der Bank, seitdem ich im Jahr 2012 in den Landtag gekommen und Mitglied des Beteiligungsausschusses geworden bin. Ich muss die Landesregierung wirklich loben: Sie tut ihr Bestes, um uns im Beteiligungsausschuss so viel Informationen wie möglich zur Verfügung zu stellen und zugänglich zu machen, doch fühle ich mich als Abgeordneter abhängig. Ich bin abhängig davon, was uns die Bank an Zahlen und Informationen präsentiert. Seien wir doch einmal ehrlich: Die Vorstände der HSH

Nordbank ziehen seit Jahren die Politik am Nasenring durch die Manege.

(Beifall PIRATEN)

Ich muss gar nicht einmal so weit in die Vergangenheit schauen, um zu sehen, dass **wirklich** nichts, rein gar nichts, was die Bank uns in der Vergangenheit vorgelegt hat, wirklich Substanz hatte. Es ist immer schlimmer gekommen, als es die Bank in Aussicht gestellt hat.

Schauen wir uns also das Jahr 2013 an und auch die Abstimmung zur Wiedererhöhung der **Garantie**. Uns wurde erzählt, dass sich nur im Worst-Case die Wiedererhöhung der Garantie nicht für die Länder rechnet. Der Worst-Case war, dass damals erst kurz nach der Wiedererhöhung plötzlich hohe Belastungen auf die Garantie zukommen würden. Uns wurde erklärt, dass dies total unwahrscheinlich und nur eine theoretische Möglichkeit sei. Heute, im Dezember 2015, müssen wir festhalten, dass der Worst-Case von damals nicht nur Theorie ist, denn es würde durch den Ankauf als auch durch die Option der Abwicklung dazu kommen, dass zu hohe Summen gegen die Garantie angerechnet werden.

Meine Damen und Herren, warum sollten wir als Abgeordnete Vertrauen darin haben, dass der theoretische Worst-Case dieses Mal ausbleiben wird?

(Zurufe SPD)

Das Handshake-Agreement der Landesregierung sieht vor, dass wir zum einen die Bank umstrukturieren in eine Holding und zum anderen in eine operative Kernbank. Zusätzlich soll die Garantiestruktur umgebaut werden. Außerdem sollen bis zu 8,2 Milliarden € an notleidenden Krediten aus der Bank herausgelöst werden, und davon sollen die Länder bis zu 6,2 Milliarden € abkaufen. Dafür müsste dann noch in diesem Jahr eine Abwicklungsanstalt nach deutschem Recht gegründet werden. Man muss also unter Zeitdruck arbeiten.

Meine Damen und Herren, liebe Ministerin, ich kann diesen Zeitdruck sogar verstehen und nachvollziehen. Denn klar ist, dass eine **Abwicklungsanstalt** nach § 8 b Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz für die Bank viele Vorteile bringt. Ich teile hier nicht die Einschätzung des Kollegen Kubicki, dass dies auch noch im nächsten Jahr möglich ist. Auch wenn im Gesetz keine Frist für § 8 b enthalten ist, wissen wir jedoch, dass ab Januar nächsten Jahres das Abwicklungsregime der EU greifen wird. Und warum sollte die BaFin noch Landesrecht akzeptieren? Darüber hinaus nehmen wir jetzt Geld auf, zusätzlich zu den Garantien, um

(Torge Schmidt)

notleidende Kredite aufzukaufen. Das ist reales Geld, das wir in die Hand nehmen, um die Bank zu entlasten. Das Risiko für die Wertentwicklung dieses Portfolios tragen die Länder dann zu 100 %.

Meine Damen und Herren, ich habe große Sorgen, dass wir auf den Schrottpapieren am Ende sitzen bleiben werden und dass Ihr Plan nicht aufgehen wird, Frau Ministerin. Denn wie sieht das Worst-Case-Szenario aus? Wir entscheiden jetzt über die Gründung der Abwicklungsanstalt und den Ankauf der Portfolien. Das ist dann der erste Meilenstein in der Umsetzung des Handshake-Agreements. Die nächsten Schritte stehen dann an. Die Bank soll umstrukturiert und der operative Teil der Bank soll in eine Tochtergesellschaft ausgelagert werden. Warum sollen alle privaten Anteilseigner das überhaupt mitmachen? Was hat Flowers davon, und was ist, wenn er diese Entscheidung blockiert und Ihr Plan wieder einmal nicht aufgeht?

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist thematisiert worden!)

- Doch, das ist von mir thematisiert worden, zum Beispiel bei der Regierungserklärung der Ministerin. Ich sehe da große Risiken und glaube nicht, dass dies ein Selbstläufer ist. Am Ende wickeln wir dann doch ab, auch wenn wir keinen Käufer finden, dann haben wir eine 10-Milliarden-Garantie und obendrauf noch einmal 6,2 Milliarden € an faulen Krediten und stehen weiß Gott nicht besser da als heute. Der ausschlaggebende Punkt am Ende ist für uns schlicht und ergreifend, dass wir kein Vertrauen in die Bank haben.

(Beifall PIRATEN)

Wenn ich in die Vergangenheit schaue, sind keine Prognose und kein Plan der Bank aufgegangen. Warum sollte es dieses Mal anders sein? Wie sagt man so schön: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Ich kann nicht mit gutem Gewissen Ja zum Staatsvertrag sagen.

(Beifall PIRATEN)

Gehen wir keine neuen Risiken ein, auch wenn ich hoffe, dass Ihr Plan aufgeht, liebe Ministerin, und es am Ende günstiger wird. Aber eines hat die Vergangenheit gezeigt: Das Prinzip Hoffnung hat bei der HSH Nordbank noch nie funktioniert. Daher wird meine Fraktion gegen den Staatsvertrag stimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Bezug auf die **HSH Nordbank** stellen sich nicht nur hier im Hohen Hause Fragestellungen, sondern natürlich auch andernorts, auch unter den Bürgerinnen und Bürgern. Warum wickeln eigentlich die Landesregierungen in Kiel und Hamburg diese Bank nicht ab? Das ist ja immer das, was man hört - dann ist man doch aller Sorgen ledig, und dann ist das Problem gelöst. Leider, meine Damen und Herren, ist das nicht so einfach.

Erstens würde diese **Abwicklung** nahezu unkontrollierbar ablaufen, und zweitens wäre dann das **Landesvermögen** nach unserer Auffassung besonders bedroht. Mit der Option, Teile der unschönen Kredite herauszukaufen, besteht die Möglichkeit, das Institut zu stabilisieren, um somit einen Verkauf der Bank oder auch nur der guten Portfolien anzugehen. Es geht dabei nicht um die Rettung der Bank, meine Damen und Herren, sondern um die Rettung von Landesvermögen.

Ich betone nochmals, dass diese Entscheidung mitnichten ein Selbstzweck ist. Wir haben schließlich die Verantwortung gegenüber dem Vermögen des Landes. Verantwortung bedeutet, das jeweils Notwendige und Richtige zu unternehmen, um möglichst keinen oder vergleichsweise geringen Schaden entstehen zu lassen. Der Kollege Kubicki hat natürlich recht, wir wissen heute nicht, was passieren wird. Wir können uns gegenseitig nicht vorwerfen, die jeweils falsche Entscheidung getroffen zu haben. Wir machen hier auch wieder - ich will nicht sagen - Wetten auf die Zukunft -, aber wir gucken in die Zukunft. Jeder weiß, dass Zukunft immer unsicher sein kann. Auch die Entscheidung, die wir heute als Koalition treffen wollen, wo vielleicht der eine oder andere Abgeordnete unserer Lösung zustimmt, treffen wir vor dem Hintergrund einer großen Unsicherheit. Das ist so, dessen sind wir uns bewusst. Aber wir sind alle davon überzeugt, jeder im Hohen Hause, dass die Entscheidung, die man selber trifft, die Entscheidung ist, die dem Land Schleswig-Holstein am wenigsten teuer kommt.

Meine Damen und Herren, es geht ferner darum, dass innerhalb eines bestimmten Rahmens alles einen möglichst guten Verlauf nimmt. Diesen Weg wollen wir als SSW natürlich auch gehen. Diese Verantwortung ist auch im Staatsvertrag abgebildet.

(Lars Harms)

Dieser steht nun in einer zweiten Lesung zur Abstimmung. Der Hamburger Senat hat diesem Staatsvertrag bereits zugestimmt. Die Hamburger haben nach unserer Auffassung verantwortlich und vor dem Hintergrund des gemeinsamen Interesses entschieden.

Klar ist, dass wir als SSW keine Abwicklung im schrankenlosen Zustand wollen. Niemand weiß, was in so einem freien Fall passieren wird. Wir wollen jetzt nicht im vorletzten Kapitel der Geschichte der Bank den Laden an die Wand fahren, sondern das Ziel muss es sein, einen **Verkauf** am Markt vornehmen zu können, zumindest die Option sollten wir uns erhalten. Zudem gilt es, die Vereinbarung mit der EU-Kommission vom Herbst umzusetzen. Da fühlen wir uns nicht nur gebunden, meine Damen und Herren, sondern da sind wir faktisch auch gebunden. Würden wir diese Vereinbarung aufkündigen, würden wir heute dem Ergebnis nicht zustimmen, das unsere Regierung und die Regierung der Hamburger erzielt haben, dann würden wir in der Tat in ein unkontrollierbares Szenario kommen. Dann würde man von heute auf morgen bei der Bank den Schlüssel umdrehen. Meine Damen und Herren, das ist definitiv die teuerste Variante sowohl für das Land als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Schon allein vor diesem Hintergrund glauben wir vonseiten der Koalition, dass es der richtige Weg ist, dem **Staatsvertrag** zuzustimmen.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, 2018 stünde dann das letzte Kapitel der HSH Nordbank an, mit der Option auf neue Eigentümer oder eben dem abschließenden Rückbau der Bank. Das ist auch gut so, denn wir als SSW sehen wenig Sinn darin, das Land ewig an die Geschicke eines Geldinstituts binden zu wollen. Es ist nicht Aufgabe eines Landes, für ein international agierendes Kreditinstitut verantwortlich zu sein. Von daher geht es mit der Vorbereitung auf einen Verkauf auch darum, diese Verantwortung, vonseiten unseres Landes und damit natürlich auch der Bürgerinnen und Bürger vertraglich zu tilgen.

Ich betone nochmals, dass es heute nicht darum geht, eine besonders tolle oder populäre Entscheidung zu treffen. Das kann man in diesem Fall nicht. Vielmehr muss jetzt über den Weg für die kommenden zwei Jahre entschieden werden. Es geht darum, wie es die Ministerin schon gesagt hat, endlich einen Schlussstrich zu ziehen.

Als man 2003 die Schleswig-Holsteinische Landesbank mit der aus Hamburg fusioniert hat, war die

HSH Nordbank durchaus erfolgreich. Danach wurde sie Weltmarktführer in der Schiffsfinanzierung und machte sich daran, den internationalen Markt mit massiver Nutzung der Gewährträgerhaftung, die ja auslaufen sollte, zu erobern. Man hat sich mit Kredit-Engagements vollgesogen und natürlich dann auch mit den entsprechenden Risiken.

Das ist damals gründlich schiefgelaufen. Damals haben der Vorstand der Bank und auch der Aufsichtsrat, in dem im Übrigen nicht nur Politiker, sondern auch führende Vertreter der schleswig-holsteinischen Wirtschaft saßen, versagt. Das ist lange her, und seitdem ist viel passiert. Verschiedene Landesregierungen haben sich dauerhaft mit dem Gesundheitszustand dieser Bank beschäftigt. Gleiches gilt natürlich auch für unser Parlament und das Parlament in Hamburg.

Die Fehler der Vergangenheit können wir nicht rückgängig machen, doch wir können etwas dafür tun, einen Weg einzuschlagen, der einen Ausstieg aus dem Eigentum möglich macht. Von daher ist dieser Staatsvertrag keine langfristige Lebenserhaltungsmaßnahme, sondern es geht um das vorletzte Kapitel in der Geschichte dieser Bank. Und es geht darum, Schaden vom Land abzuhalten.

Daher ist es tatsächlich wichtig, dass wir diese Entscheidung heute treffen. Ich habe hohen Respekt vor jedem Abstimmungsverhalten in diesem Parlament. Jeder muss es nach seiner eigenen Einschätzung, nach seinem Wissen und Gewissen abschätzen. Sollte es Menschen geben - es ist angekündigt worden -, die diesem Staatsvertrag nicht zustimmen, habe ich auch Respekt davor. Ich bitte natürlich auch um den Respekt gegenüber unserer Koalition, dass wir dem Ganzen zustimmen werden. Wir hoffen alle zusammen, dass wir es hinbekommen werden, dass dieses Kreditinstitut uns als Land nicht mehr belastet.

Natürlich wünschen wir auch, dass dieses Institut in irgendeiner Art und Weise auch nach den zwei Jahren weiter bestehen kann, weil wir auch eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben, dass die Arbeitsplätze dort nach Möglichkeit erhalten bleiben können.

Ich sage es trotzdem noch einmal ganz direkt und ganz klar: Für uns als Parlamentarier in Schleswig-Holstein geht es darum, den Schaden für das Land möglichst gering zu halten. Das ist die Maxime, an der auch wir als SSW uns orientieren. Deshalb werden wir dem Staatsvertrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nach den Fraktionen kommen wir nun zu den Einzelbeiträgen im Dreiminutenrhythmus. Zunächst hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort. Danach hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau von Kalben, Sie haben davon gesprochen, wir müssten Verantwortung übernehmen. Wer das nicht wolle, solle sich nicht wählen lassen. Keine Frage! Sie haben auch von schlaflosen Nächten gesprochen, und die haben mich in den letzten Wochen auch begleitet, was diese Entscheidung heute angeht.

Lars Harms hat davon gesprochen, wir machten heute so etwas wie Wetten auf die Zukunft. Das war im Jahr 2008 das Verhalten der Finanzinstitute, das unsere Krise ausgelöst hat, die so schlimm war. Sie, Herr Koch, haben gesagt, man dürfe sich um eine Entscheidung nicht herumdrücken. Das sollte man auch nicht tun. Ich kann heute nicht entscheiden, will mich aber auch nicht darum herumdrücken. Das muss man erklären können.

Wenn man heute sagt - so wie ich es tun werde -, dass ich mich enthalten muss, weil ich einfach nicht genug weiß und deshalb auch nicht genug verstehe, ist das kein Vorwurf an Sie, Frau Heinold, und auch kein Vorwurf an Sie, Herr Nimmermann, oder an alle, die uns informiert haben. Sie durften und konnten uns nicht umfänglich informieren, mit der Folge, dass ich über drei Jahre hinweg nie über das, was ich wusste, öffentlich sprechen durfte, weil das das Rating der Bank beschädigt hätte - mit den negativen Folgen für die Bank und dann für den Steuerzahler. Das ist etwas, was man marktkonforme Demokratie nennen kann. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall PIRATEN)

Auf meinem Tisch liegen drei Wundertüten, denen ich allen zuerkenne, dass sie sicherlich das Beste wollen. Aber wir alle haben mehrfach gehört: Wir wissen nicht, was die richtige Wundertüte ist. Ich persönlich kann am meisten mit dem anfangen, was von der FDP kommt. Aber auch da weiß ich nicht, ob es richtig ist. Das weiß keiner. Mein Wissen - und auch das Wissen vieler Kollegen, mit denen ich in den letzten Tagen gesprochen habe - steht völlig

außerhalb der Tragweite dessen, was hier heute entschieden wird. Das Einzige, was ich richtig machen kann, ist festzustellen, dass sich so etwas nie wiederholen darf, dass nie wieder ein parlamentarisches Gremium mit Haushaltsbefugnis in eine so missliche Lage gebracht wird. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Winter [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der nächste Dreiminutenbeitrag kommt von Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Dudda, gerade weil ich einer der wenigen Abgeordneten bin, die Einsicht in die - jedenfalls vermutlich - meisten Unterlagen hatte - zunächst ab 2008 immer wieder einmal in Vertretung für Wolfgang Kubicki im Beteiligungsausschuss gesessen habe, seit dieser Legislaturperiode als ordentliches Mitglied -, gerade deswegen, weil der Kollege Rother mich angesprochen und gesagt hat, ich müsste doch eigentlich zustimmen, weil ich die Unterlagen kenne, will ich noch einmal begründen, warum ich heute mit Nein stimmen werde.

Kollege Harms, bei allem Respekt erlauben Sie mir zu Ihrem Beitrag trotzdem folgende Bemerkungen. Erstens. Das hat Wolfgang Kubicki in seiner Rede mehrfach betont, und ich glaube, es wäre gut, wenn wir uns daran halten würden. Für eine nachvollziehbare Entscheidung, die Sie nachher treffen werden, brauchen Sie kein falsches Argument. Das Argument, wenn man sich anders entscheiden würde als Sie, dann würde man die Bank in eine unkontrollierte Abwicklung treiben, ist schlicht falsch. Deswegen sollte man dieses Argument auch nicht anführen.

Zweitens. Ich glaube, Ihrem Satz: „Wir fahren der Bank den Laden an die Wand“, liegt ein Verständnis zugrunde, das jedenfalls nicht meins ist. Wir haben 2006, genau weil das nicht unser Verständnis ist, damals den **Verkauf** der Landesanteile beantragt. Wir wissen alle, wie es ausgegangen ist. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass kein Politiker hier im Plenum diese Bank - den Laden der Bank, wie Sie es genannt haben - an die Wand gefahren hat, sondern dass es Entscheider - nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die heute hier oben sitzen, sondern Entscheider - in dieser Bank gegeben hat, die geglaubt haben, sie könnten sich zwei Länder

(Dr. Heiner Garg)

halten, die sie im Zweifel an die Wand fahren würden.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt zwei Punkte, wegen derer ich heute mit Nein stimmen werde.

Erstens bin ich im Hinblick auf den Zeitpunkt der Entscheidung anderer Auffassung als Sie, Frau Ministerin, anderer Auffassung auch als Sie, Herr Kollege Schmidt. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz kennt gerade keine Befristung für die Errichtung einer Landesabwicklungsanstalt nach § 8 b. Das kann man anders sehen. Das haben wir miteinander diskutiert.

Zweitens - da komme ich sozusagen zum Apell des Kollegen Rother, ich müsste doch zustimmen, weil ich die Unterlagen eingesehen hätte, auch im Treasorverfahren -: Ja, ich habe sie eingesehen, und genau weil ich sie eingesehen habe

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- jawohl -, komme ich zu einer anderen Einschätzung, zu einer anderen Risikobewertung als die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich komme zum Schluss. - Ich komme auch zu einer anderen Einschätzung als die Finanzministerin und der Staatssekretär. Ich will an dieser Stelle betonen: Ich fühle mich den Umständen entsprechend jedenfalls durch Sie, Frau Ministerin, und auch durch Sie, Herr Staatssekretär, nicht schlecht informiert, aber es reicht nicht, was wir an Informationen bis heute bekommen haben, um mich anders zu entscheiden, als ich das heute tue. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, Uli König [PIRATEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz grundlegend zu dieser De-

batte sagen, dass ich es nicht akzeptiere, dass hier versucht wird, die heutige Entscheidung rein auf die technische Wahl zwischen dem einen und dem anderen Milliarden Schaden zu reduzieren und den Hintergrund davon völlig auszublenden.

Fakt ist doch erstens: Die Öffentlichkeit hat überhaupt kein Verständnis für diesen Totalschaden, den die Gier der etablierten Parteien verursacht hat.

Zweitens. Erst von außen, nämlich durch die EU-Kommission, musste der überfällige Ausstieg aus diesem Abenteuer erzwungen werden. Von selbst hätten Sie es doch nie gemacht.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Was haben die Parteien davon?)

Drittens. Bis heute sind die nötigen Konsequenzen daraus nicht gezogen worden. Weder auf Bundes- noch auf Europaebene ist sichergestellt worden, dass der Steuerzahler nie wieder für Pleitebanken aufkommen muss und dass öffentliche Regionalbanken nicht auf globalen Kapitalmärkten spekulieren dürfen, noch sind auf Landesebene die notwendigen Konsequenzen gezogen worden.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Nein, Herr Kollege! - Überfällig wäre doch längst ein Plan zur Rückführung des Schuldenbergs, um uns aus dem Griff der Kapitalmärkte zu befreien, die der **HSH Nordbank** jetzt zum Verhängnis geworden sind. Sie wissen doch genau, welches Risiko die Zinssätze für unseren Landeshaushalt darstellen. Wir PIRATEN fordern deswegen seit Langem bindende Vorgaben zum Schuldenabbau in der Landesverfassung.

(Zurufe Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Lasten müssen sozial gerecht verteilt und starke Schultern stärker belastet werden.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Schuldenbremse!)

Die Verantwortlichkeit von aktuellen und ehemaligen Amtsinhabern für gravierende Fehlentscheidungen zulasten der Steuerzahler muss endlich sichergestellt werden.

Wir PIRATEN haben vor langer Zeit eine Pflicht zur Anzeige von Straftaten beantragt, die bei Haushaltsprüfungen bekannt werden. Sie haben das abgelehnt. Wir haben ein Rederecht des Präsidenten oder der Präsidentin des Landesrechnungshofs vor

(Dr. Patrick Breyer)

so wichtigen Entscheidungen beantragt. Sie haben das abgelehnt.

(Unruhe)

Wir haben eine Veröffentlichung der einzelnen Prüfungsberichte des Landesrechnungshofs beantragt, um aufgedeckte Verstöße publik zu machen. Sie haben das abgelehnt. Wir haben die Einführung eines Straftatbestandes der Haushaltsuntreue beantragt. Sie haben das abgelehnt. Wir haben die Einführung eines Klagerechts des Landesrechnungshofs bei Verletzung von Haushaltsrecht gefordert. Auch das haben Sie abgelehnt.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht heute nicht nur um den Verkauf oder die Abwicklung der HSH Nordbank, sondern es geht für mich um eine grundsätzliche und hartnäckige **Missachtung** der Bürger und der **Steuerzahler** durch die herrschende Politik. Wir PIRATEN sind dafür gewählt worden, das zu ändern, und nicht dafür, dass wir das durch unsere Zustimmung legitimieren.

(Beate Raudies [SPD]: Verschwörungstheorien sind das! - Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der nächste Abgeordnete, der sich gemeldet hat, ist der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich mich eben anscheinend unklar ausgedrückt habe. Das möchte ich korrigieren. Der Kollege Garg hat darauf aufmerksam gemacht, man solle nicht falsche Argumente nutzen. Das ist natürlich richtig. Er bezog sich da - glaube ich - mehr oder weniger auf den Fachterminus, dass die **unkontrollierte Abwicklung einer Bank** stattfinden könnte und man das nicht als Argument nutzen sollte.

Ich habe gesagt, die Abwicklung würde nahezu unkontrollierbar ablaufen. Das habe ich nicht als Fachterminus gemeint, sondern so, dass es ungesteuerte Einflüsse von außen geben könnte, dass da ohne Steuerung irgendetwas ablaufen könnte aufgrund von Einflüssen, von denen wir heute nicht wissen, welche kommen könnten. Ich glaube, dieses Argument stimmt immer noch. Wenn wir den Schlüssel von heute auf morgen umdrehen, hätten

wir dieses Problem wahrscheinlich. Damit habe ich aber nicht den **Fachterminus** gemeint, sondern habe das umgangssprachlich als „unkontrollierbar ablaufen“ bezeichnet. Ich glaube, dieses Argument ist immer noch richtig.

Ich möchte noch etwas zum Kollegen Breyer sagen. Es ist natürlich immer gut, wenn man hier reinmarschiert und sagt: Mensch, vor zehn Jahren haben Leute falsch gehandelt, vor acht Jahren haben Leute falsch gehandelt, vor sechs Jahren haben Leute falsch gehandelt. Ich sitze jetzt neu hier und habe natürlich die Weisheit gefressen. Alle anderen vorher waren - auf Deutsch gesagt - Idioten. - Das ist sehr einfach.

(Beifall SPD)

Herr Breyer, Sie schlagen vor, die Leute sollen für ihr **Handeln haften**. Stellen Sie sich einmal vor, Sie stimmen heute dagegen, und wir haben in zwei Jahren möglicherweise recht - was dann?

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haften Sie dann für die Schäden, die Sie mit Ihrem Nein möglicherweise ausgelöst hätten?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Kann er gar nicht! - Unruhe)

Dann sind Sie aber blitzschnell pleite, lieber Kollege. Dieses populistische, immer irgendetwas Hinrotzen - - Oh, Entschuldigung, das darf man nicht sagen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geht mir langsam wirklich auf den Zeiger. - Ich nehme das Wort eben zurück. - Diese Rechthaberei geht mir wirklich auf den Zeiger. Wir treffen hier eine unheimlich schwierige Entscheidung. Ich habe Respekt vor jedem Menschen, der sich in die eine oder andere Richtung entscheidet. Aber dass sich Leute arrogant hinstellen und sagen: „Ich mache gar nichts, ich bin dagegen, ich finde euch sowieso alle ziemlich daneben, liebe Leute, ihr habt sowieso alle keine Ahnung, ihr seid alle nicht transparent und nicht öffentlich“, obwohl alle Abgeordneten, auch die Abgeordneten der Opposition, sagen, sie seien bestmöglich, wie es irgend ging, informiert worden, finde ich ziemlich arrogant, lieber Kollege.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, ich sehe Ihnen in Ihrer Erregung die Wortwahl nach und denke, dass Sie es beim nächsten Mal anders machen.

(Heiterkeit)

Jetzt hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

(Zurufe)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, wenn ich mich jetzt aufregen muss, darf ich auch parlamentarisch unzulässige Begriffe gebrauchen? Ich könnte das machen, obwohl das ja Unsinn ist.

(Unruhe)

Ich habe mich zu Herrn Dr. Breyer gemeldet, weil man unsinnige Erklärungen nicht einfach stehen lassen darf.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme gleich darauf zurück. Ich möchte dem Kollegen Harms nur empfehlen, sich damit zu beschäftigen, dass wir einen **Bankenabwicklungsmechanismus** haben. Unkontrolliert kann gar nichts mehr gehen. Die Ministerin hat darauf hingewiesen. Es gibt die Bail-in-Regeln. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen; ich habe nur drei Minuten. Ich könnte Ihnen sonst erklären, dass Mechanismen geschaffen worden sind, um Chaos an den Finanzmärkten und Chaos bei den Banken zu verhindern. Aber darauf kommt es momentan nicht an. Ich würde mir wünschen, die HSH Nordbank wäre nicht die erste Großbank, bei der man diese Regeln anwenden und sozusagen am lebenden Körper experimentieren muss.

Kollege Breyer, ich empfehle Ihnen, sich einmal ein bisschen mit der **Parlamentsgeschichte in Schleswig-Holstein** zu beschäftigen und aus Ihrem Schneckenhaus herauszukommen, das Sie daran hindert, Realitäten wahrzunehmen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben einen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank gehabt, der mit einer Empfehlung geendet hat, die in diesem Parlament einstimmig verabschiedet worden ist. Die lautete, dass die **HSH Nordbank** schnellstmöglich zu veräußern ist. Das Problem war nur, dass bei einer schnellstmöglichen

Veräußerung die Bedingung dabei war: möglichst vermögenschonend.

Nun hatten wir in der Zeit zwischen 2009 und 2015 keine Situation, wo die Vermögenslage - ich sage das einmal etwas untechnisch - der Bank so war, dass man sie mit einem nennenswerten Gewinn hätte veräußern können. Deshalb war die Idee - man kann sie für falsch oder richtig halten -: Wir warten ab, wir helfen der Bank, aus dem Tal des Jammers herauszukommen. Wenn sie dann im operativen Geschäft wieder deutlich hohe Renditen erzielt und Gewinne ausweist, würden wir in der Lage sein, einen Käufer zu finden, der bereit ist, einen nennenswerten Betrag zu leisten.

Was jetzt ins Werk gesetzt wird, folgt dieser Idee nach wie vor. Man entlastet die Bank von bestimmten Altlasten, macht sie etwas hübsch und erwartet, dass die etwas hübsch gemachte HSH Nordbank im Jahr 2018 einen Käufer findet, der bereit ist, dafür einen nennenswerten Betrag zu zahlen.

Man kann lange darüber diskutieren. Die **Entlastung**, die nicht vollständig stattfinden wird, macht die Bank aus meiner Sicht nicht so hübsch, dass sie sich vor Freiern nicht mehr retten kann. Im Gegenteil, wir werden sehen, dass das etwas Hübsch-Machen der Bank uns zwar beruhigt, aber nicht dazu führen wird, dass wir im Jahr 2018 einen Käufer finden werden, der bereit ist, einen nennenswerten Beitrag zugunsten der Kassen der Länder zu leisten und damit die Verluste zu minimieren.

Ich sage noch einmal: Die Wahrscheinlichkeit, dass wenn die Abwicklung im Jahr 2018 nach den bestehenden Kriterien stattfinden muss, es dann teurer wird, als wenn man die Bank im Jahr 2016 abzuwickeln beginnen würde, ist größer als die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht teurer wird. Um nicht mehr und nicht weniger geht es.

Bei all Ihren wunderbaren Transparenzgeschichten müssen Sie auch sehen, dass **Banken** wie andere Unternehmen am **Geschäftsleben** teilnehmen. Eine Erklärung über Geschäftsgeheimnisse, über die Aufstellung, könnte Mitbewerber - die Bank steht ja im Wettbewerb mit anderen Banken - dazu veranlassen, sich genauso zu verhalten, sodass der Wunsch, der hinter der Operation steht, nämlich die Bank am Markt wieder so zu platzieren, dass sie veräußerungsfähig ist, konterkariert werden könnte, wenn die Mitbewerber wissen, wie sich die HSH Nordbank positioniert und aufstellt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Mein letzter Satz. - Da können sie unter Umständen mit Kampfbedingungen und anderen Dingen mehr dazu beitragen, dass die Bank keine nennenswerten Geschäftsabschlüsse mehr tätigen kann, was auch nicht im Interesse der Eigentümer, des Landes Schleswig-Holstein und auch nicht im Interesse der Parlamentarier liegen kann.

Herr Kollege Breyer, Ihnen das zu erklären, wird wahrscheinlich auch meine Fähigkeiten übersteigen und die Zeit, die wir mit Ihnen in diesem Parlament noch haben, deutlich ausschöpfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann durchaus nachvollziehen, dass es sehr unbefriedigend ist, dass es in der Vergangenheit zum Beispiel für die **Verantwortlichen** der HSH Nordbank **keine Konsequenzen** gegeben hat. Aber so ist das nun einmal in Strafverfahren, wenn Sie vor Gericht stehen und freigesprochen werden.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das Verfahren ist beim BGH anhängig. Nichtsdestotrotz, solange es keine Verurteilung gibt, ist das sehr unbefriedigend für denjenigen, der Konsequenzen einfordert.

Das Interessante ist ja - Herr Breyer hat das eben angesprochen -, es wurden noch keine Konsequenzen auf europäischer beziehungsweise auf Bundesebene getroffen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dem möchte ich widersprechen. Es sind ja **Regeln** als **Konsequenz aus der Finanzmarktkrise** geschaffen worden. Unter anderem ist die Konsequenz auf europäischer Ebene gezogen worden, dass zum Beispiel Anteilseigner mit ihrem Kapital haften und im Sanierungsfall Geld hineingeben müssen, was uns das Genick bricht, weil wir Anteilseigner sind.

(Unruhe)

Das habe ich dem Kollegen Breyer im Vorfeld auch gesagt.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Heiterkeit und Zurufe SPD)

Nichtsdestotrotz glaube ich, dass die Entscheidung nach wie vor sehr kompliziert und schwierig ist. Der Kollege Dudda hat es zum Beispiel angesprochen. Ich kann durchaus nachvollziehen und verstehen, wenn Abgeordnete sagen, sie fühlten sich nicht ausreichend informiert, könnten die Tragweite der Entscheidung nicht überblicken und könnten deshalb nicht zustimmen. Das ist ein legitimes Argument. Wie gesagt: Man kann sachliche Argumente dafür finden.

Ich hoffe, dass der Weg der Finanzministerin aufgeht. Wenn wir die Bank bis 2018 für einen relativ kleinen Betrag verkaufen, ist es immer noch besser, als wenn die Bank abgewickelt wird. Trotzdem sehe ich sehr viele **Risiken** auf dem Weg. Ich bin nicht bereit, diese Risiken einzugehen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung Ihres Fraktionskollegen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich bin ja transparent.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Vielen Dank. - Es ist vollkommen richtig, dass aus der Banken- und Finanzmarktkrise Konsequenzen gezogen wurden. Die Frage ist, ob sie ausreichend sind. Wenn dem so wäre, hätte sich der Fall HSH nicht wiederholen können. Der Grund dafür, dass die EU-Kommission jetzt die Abwicklung fordert, ist doch, dass die HSH Nordbank nicht überlebensfähig ist.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Das heißt, wenn eine öffentliche Regionalbank überlebensfähig wäre, wäre es ihr auch heute nicht verboten, sich auf den globalen Kapitalmärkten zu verzocken. Damit habe ich begründet, warum aus meiner Sicht bezüglich der öffentlichen Regionalbanken nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen wurden.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Kollege Breyer, es ist so, dass Regelungen getroffen worden sind. Das ist zum Beispiel der Grund, aus dem die Europäische Kommission die Abwicklung gefordert hat. Darüber hinaus ist es heutzutage nicht mehr möglich, dass die HSH Nordbank Gewährträgerhaftung in Höhe von 65 Millionen € aufnehmen kann. Sie kann für ihre Kredite also keine Gewährträgerhaftung mehr in Anspruch nehmen. Das wird in der Zukunft nicht mehr passieren. Deshalb werden wir auch nicht mehr die Situation haben, dass die Bank mit Kapital geflutet wird, um ein neues Risiko einzugehen.

Nichtsdestotrotz ist es immer noch so, dass diese Bank am Markt agiert. Herr Kubicki hat es vorhin beschrieben. Ich habe es auch in anderen Reden schon gesagt. Schaut man sich zum Beispiel die Pressemitteilungen der HSH Nordbank an, liest man immer nur, dass in Immobilienfinanzierung gemacht wird. Wir alle wissen - das war damals auch das Problem in den USA -, dass dieses Klumpenrisiko, wenn die Zinsen wieder steigen, wenn sich erneut eine Blase bildet, der HSH Nordbank erneut das Genick brechen kann.

Das ist ein Kritikpunkt, den man durchaus vortragen kann. Das kann man aber nicht mit Gesetzen regulieren. Das Einzige, dieses Risiko zu verhindern, ist, aus dieser Bank auszusteigen. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. - Jetzt hat für die Landesregierung die Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Am Mittwoch haben wir uns in der ersten Lesung bereits damit befasst, welche Entscheidungen heute zu treffen sind. Sie entscheiden

heute über einen **neuen Staatsvertrag** zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein und einem **Änderungsstaatsvertrag**.

Mit dem Änderungsstaatsvertrag ermächtigen wir die alte AöR, Kredite in Höhe von bis zu 10 Milliarden € aufzunehmen. Das entspricht der 2009 gegebenen Garantie. Für diese 10 Milliarden € bürgt das Land bereits jetzt.

Mit dem neuen Staatsvertrag legen wir die Grundlage für die **Gründung einer neuen Anstalt**. Diese bekommt eine Ermächtigung, notleidende Kredite bis zu einer Höhe von 6,2 Milliarden € anzukaufen.

In den Medien wurde heute Morgen der Eindruck erweckt, wir plantem heimlich, dass die Anstalt künftig auch **Zinskosten** zahlen könnte. Ich empfehle: Raus aus der Heimlichkeit, hin zur vollen **Transparenz!** Schauen Sie in den Staatsvertrag, § 2 Absatz 4! Dort ist transparent festgeschrieben, dass die Anstalt für die Aufnahme von Krediten, also für Zinsen, aber auch für weitere laufende Geschäftstätigkeit, Kredite einsetzen darf. Es ist also nichts, was heimlich passiert, sondern in voller Transparenz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, in diesem Artikel wurde auch aus einem vertraulichen Umdruck zitiert. Da Sie, Herr Koch, heute die Zahl 2030 erwähnt haben, möchte ich in öffentlicher Sitzung etwas dazu sagen. Richtig ist, dass wir davon ausgehen, dass spätestens 2030 das **Land** komplett für den **Schaden der HSH Nordbank** aufkommen muss. Nach den Berechnungen unserer Berater würden die notleidenden Kredite dann vollständig abgewickelt. Dann ist es folgerichtig, das mit dem Landeshaushalt abzurechnen. Insofern ist die Zahl 2030 keine, über die man schweigen muss.

Richtig ist aber auch: Wann und in welcher Höhe erste Zinszahlungen auf das Land zukommen, wird von verschiedenen Faktoren abhängen, unter anderem davon, ob es gelingt, die Bank zu verkaufen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Parlament macht mit dieser Entscheidung für den neuen Staatsvertrag und für den Änderungsstaatsvertrag deutlich, dass Schleswig-Holstein zur Verständigung mit der Europäischen Kommission steht und bereit ist, diese vollständig umzusetzen.

(Ministerin Monika Heinold)

Sicherlich kann man über die Höhe der **Kreditermächtigung** und über die **Konstruktion** lange diskutieren. Die unterschiedlichen Argumente der Landesregierung, aber auch der Opposition liegen offen auf dem Tisch. Herr Kubicki, ich glaube, Sie haben heute in Ihrem Beitrag sehr gut und sehr differenziert Stellung dazu genommen. Vielen Dank für die Sachlichkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, gerade weil die Entscheidung so schwierig ist, habe ich in den letzten Tagen versucht, eine Brücke zu bauen, um es auch anderen Abgeordneten als den Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen zu ermöglichen, zuzustimmen. Mein Vorschlag war, dass wir uns darauf verständigen, gemeinsam nach der **Marktwertermittlung** auf Hamburg zuzugehen mit dem Ansinnen, im Nachhinein die **Kreditermächtigung** auf den Betrag zu reduzieren, von dem wir dann wissen, wie hoch er sein muss. Ich stelle fest, dass über diese Brücke nicht gegangen werden soll. Ich sage ausdrücklich: Ich habe Respekt vor dem Parlament und der individuellen Entscheidung eines jeden Abgeordneten, die er oder sie heute trifft.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wie geht es weiter? Nach dem heutigen Beschluss des Parlaments wird die EU-Kommission zur Kenntnis nehmen, dass mit der Gründung der neuen Anstalt der Anstoß für die Umsetzung der informellen Verständigung gegeben wurde. Die „hsh finanzfonds AöR“ wird mit dem heutigen Beschluss in die Möglichkeit versetzt, Kredite aufzunehmen, um die Abrechnung unter der im Jahr 2009 gegebenen Garantie zu gewährleisten. Der Garantievertrag verpflichtet die FinFo bereits jetzt, die Garantieabrechnung bis zu 10 Milliarden € vorzunehmen.

Was passiert als nächstes? Wir haben jetzt eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, den **Marktwert** zu ermitteln. Dieser wird dann mit der EU-Kommission abgestimmt, und aus der informellen Verständigung wird eine tatsächliche Verständigung. Im Anschluss daran wird die neue Anstalt die Portfolien übernehmen und die HSH Nordbank so entlasten. Wir gehen davon aus, dass dies bis zum Sommer erledigt ist. Die weiteren Vereinbarungen mit der EU-Kommission werden wir dann Schritt für Schritt umsetzen.

Mein Staatssekretär und ich werden den **Beteiligungsausschuss** auch weiterhin umfassend über die nächsten Maßnahmen informieren. Ich möchte mich auch an dieser Stelle dafür bedanken, dass Sie

sehr wohl sehen und es auch sagen, dass wir, so gut es geht, informieren.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer Punkt ist mir auch persönlich sehr wichtig: Wir ziehen einen Schlusstrich, und ab Januar sinkt die Gewährträgerhaftung von aktuell noch 10,5 Milliarden € auf dann 2,5 Milliarden €. Das ist immer noch viel, viel zu viel. Aber es ist schon wesentlich weniger als heute.

Meine Damen und Herren, ich habe die Worte von Herrn Dudda als sehr wohltuend empfunden, weil sie sehr deutlich machen, in welchem Dilemma das Parlament steckt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, vereinzelt CDU, SPD und FDP)

Es ist ein Dilemma. Die **Altlast** ist da. Ich denke, ich kann für uns alle sprechen, wenn ich sage: Es schmerzt, dass wir in den nächsten Jahren vermutlich viel Geld für Altlasten der **Bank** zahlen müssen. Wir alle hätten es lieber an anderer Stelle ausgegeben.

(Lebhafter Beifall)

Abschließend möchte ich mich noch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ministeriums bedanken, die sich oft nächtelang, auch am Wochenende und mit spontanen Flügeln nach Brüssel und Frankfurt und mit Reisen nach Berlin, unglaublich angestrengt haben, um die Arbeit zu bewältigen, die anstand. Einen herzlichen Dank an das Finanzministerium.

(Beifall)

Ich möchte mich bei meinem ehemaligen Staatssekretär Thomas Losse-Müller bedanken, der mir in der ersten Phase geholfen hat, und bei meinem jetzigen Staatssekretär Herrn Dr. Nimmermann, der mir in der jetzigen Phase hilft und hoffentlich noch lange weiter helfen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Ich möchte mich beim Ministerpräsidenten dafür bedanken, dass wir sehr schnell und vertrauensvoll miteinander kommuniziert haben und dass er mich immer dann sehr gut unterstützt und sich auch aktiv eingesetzt hat, wenn ich diese Unterstützung brauchte. Vielen Dank, lieber Ministerpräsident.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Ministerin Monika Heinold)

Ich möchte mich beim Beteiligungsausschuss und beim Finanzausschuss, bei allen Fraktionen für die Möglichkeit bedanken, miteinander in den Dialog einzutreten.

Die Entscheidung, die Sie heute treffen, ist eine schwierige Entscheidung. Ich kann Ihnen nur sagen: Nach allem, was ich weiß, nach bestem Wissen und Gewissen, wissend, dass all dieses auf Annahmen beruht, ist es richtig, den Staatsverträgen zuzustimmen, weil unsere ökonomischen Berater uns berechnet haben, dass es die teuerste Variante wäre, die Entscheidung nicht zu treffen und sofort abzuwickeln, auch für den Fall, dass man die Bank nicht verkaufen können sollte, sondern sie später abgewickelt werden müsste. Aber ich weiß, das sind Annahmen, und ich respektiere, wenn dies von anderen Abgeordneten anders gewertet wird. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachenummer 18/3666 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Piratenfraktion.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Nein!)

- Nicht komplett? Darf ich das bitte noch einmal sehen? - Bis auf Herrn Dudda. Vielen Dank, dass Sie mich daran erinnern haben, Herr Abgeordneter. Gegenstimmen? - Das ist die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Das sind die CDU-Fraktion und Herr Abgeordneter Dudda.

Jetzt kommen wir zum nächsten Änderungsantrag. Der Ausschuss empfiehlt weiter, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachenummer 18/3667 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltungen - bitte jetzt! - der FDP und des Abgeordneten Dudda mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW so abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/3572 (neu). Der Ausschuss empfiehlt, den Ge-

setzentwurf unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die anderen Abgeordneten bis auf - jetzt bitte die Stimmenthaltungen! - den Abgeordneten Dudda.

(Widerspruch)

- Habe ich noch einen weiteren übersehen? Darf ich bitte noch einmal die Enthaltungen sehen? Ich wiederhole nur noch einmal die Enthaltungen. - Das ist der Abgeordnete Dudda und kein anderer. Da waren eben Hände in der Luft, aber das hatte vielleicht andere Gründe. Dann ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der PIRATEN bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Dudda so angenommen.

Ich komme jetzt zu Tagesordnungspunkt 24 b), c) und d):

Gemeinsame Beratung**b) Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3678

c) Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3682 (neu)

d) Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3683

Nur die Kontrolle der Außengrenzen Europas ermöglicht den Verzicht auf Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3692

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Dann hat jetzt für die FDP-Fraktion der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki, das Wort. Das ist der älteste Antrag.

(Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug [FDP] tritt ans Rednerpult)

- Es spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sehr schmerzhaft, fassungslos mit ansehen zu müssen, wie das **Europa ohne Grenzen**, das wir noch vor Kurzem bei jeder Gelegenheit gefeiert haben, Zug um Zug zerfällt. **Nationale Alleingänge** allüberall im Süden und nun noch ganz oben im Norden. So sehr ich auch die angekündigten Abschottungsmaßnahmen unserer Nachbarn Dänemark und Schweden bedauere, möchte ich doch davor warnen, die Tonlage der Kritik in unangemessener Weise zu verschärfen.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt SPD)

Denn wir werden die vielbeschworene **europäische Lösung**, die erforderlich ist, nur dann erreichen können, wenn wir miteinander reden, anstatt fortwährend nur den jeweiligen anderen Gesprächspartner in Europa zu verurteilen.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Insoweit finde ich es richtig, dass sich Siegfried Matlok, der ehemalige Chefredakteur des „Nord-schleswigers“, kritisch zu Formulierungen der Kollegin Birte Pauls geäußert hat, die Dänemark eine menschenverachtende Politik vorgeworfen hat. Denken Sie daran: Wir müssen mit unseren Partnern im Norden weiter über Lösungswege reden.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wenn sich die europäische Politik heute immer mehr in eine Summe nationaler Alleingänge auflöst, so muss man schon daran erinnern, dass letztlich die deutsche **Bundesregierung** mit diesen **Alleingängen** angefangen hat,

(Beifall FDP und PIRATEN)

nämlich durch die Entscheidung der Bundeskanzlerin vom 4. September 2015, die deutsche Grenze für Flüchtlinge zu öffnen - aus welchen nachvollziehbaren Gründen auch immer. Aber dies war der Beginn einer Entwicklung, die bis heute fatal verlaufen ist, nämlich Menschen nicht abzuweisen, die aus sicheren Herkunftsländern zu uns gekommen sind.

(Zurufe SPD)

Es war eine einseitige Aufkündigung eines geltenden europäischen Vertrags, nämlich des Dublin-III-Abkommens. Ich stelle nur die Fakten fest, die ja Vertreter Ihrer Landesregierung auf Einwohnerversammlungen wie in Boostedt auch so den Menschen erklären. Warum Sie sich darüber aufregen, wenn man allein dieses Faktum feststellt, verstehe ich in der Tat nicht.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die meisten anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben diesen Alleingang Deutschlands jedenfalls nicht verstanden. Sie haben sich auch nicht angeschlossen. Die wenigen, die lange Zeit auch eine so **großzügige Flüchtlingspolitik** verfolgt haben, wie zum Beispiel Schweden, haben nunmehr erklärt, sie können nicht mehr. Das hat die Entwicklung mit der Abschottung der Grenzen in unserer Nachbarschaft bewirkt. Ich will einfach nur auf die Fakten hinweisen. Dazu gehört, dass sich der CDU-Änderungsantrag in einer gewissen Weise einen schlanken Fuß macht,

(Beifall FDP und vereinzelt PIRATEN)

wenn er besagt, dass die Ursache der Entwicklung, über die wir sprechen, in einer **ungenügenden Kontrolle der Außengrenzen** liege. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, heißt das nicht im Klartext, dass das, was wir uns selbst nicht trauen oder was wir selbst nicht machen wollen, nämlich Flüchtlinge an der deutschen Grenze abzuweisen, bitte in der Zukunft lieber diejenigen EU-Mitgliedstaaten tun sollen, die an den Außengrenzen der Europäischen Union liegen? Ist das nicht eine Herangehensweise, die der Redensart „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ entspricht?

Meine Damen und Herren, der Ausweg wird extrem schwierig sein. Gefordert ist natürlich die Bundesregierung mit der Bundeskanzlerin und dem Außenminister. Hier in Schleswig-Holstein, denke ich, werden wir uns in der kommenden Woche nach der Jahreswende darauf konzentrieren müssen, nachdem wir unseren Nachbarn und Partnern gesagt haben, dass wir das alles in höchstem Maße bedauern und sehr kritisch sehen, und uns darauf beschränken müssen, die praktischen Auswirkungen auf die Menschen so gering zu halten wie irgend möglich. Das heißt, dass es für die Verwaltungen eine Art Clearingstelle geben muss. Was bringt das nun an Auswirkungen für die beispielsweise 9.000 **Grenzpendler**, die täglich über die deutsch-dänische Grenze fahren?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Bei diesem Handwerk der konkreten Bewältigung der Auswirkungen wird die Landesregierung gefordert sein. Ich beantrage eine Überweisung der Anträge an den Europaausschuss mit dem Auftrag, mit der Landesregierung auch über die Wege zu sprechen, die nötig sind, um diese Krisenbewältigung im Interesse der Menschen in der Grenzregion hinzubekommen.

(Beifall FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu dem Antrag zu b) hat für die Piratenfraktion Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort. Danach erhält die SPD-Fraktion das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir PIRATEN nehmen mit Bedauern den Beschluss des dänischen Folketing zu den Grenzkontrollen zur Kenntnis.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Trotzdem lehnen wir die pauschale und einseitige Vorverurteilung Dänemarks ab. Das, was in Dänemark beschlossen wurde, wird bereits in Norwegen, vorerst begrenzt bis Ende Dezember, umgesetzt, und auch Schweden wird Anfang Januar entsprechende Maßnahmen einführen. Im Gegensatz zur FDP und den Koalitionsfraktionen sehen wir diese massive **Beschädigung des Schengener Abkommens**, und das ist es, allerdings differenzierter.

Mit welchem Recht üben wir Kritik an Dänemark für die Annahme einer juristischen Regelung, die es in ähnlicher Form auch bei uns in Deutschland längst gibt? - Ich spreche von § 63 Aufenthaltsgesetz. Das, was in den vergangenen Tagen mit Empörung an dem dänischen Beschluss zurückgewiesen wurde, wie zum Beispiel die Strafandrohung gegen Verkehrsunternehmer, die Pässe nicht kontrollieren, steht genauso im deutschen Gesetz, und zwar mit einer Androhung einer Strafe von bis zu 5.000 €.

(Uli König [PIRATEN]: Unerhört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb unterscheidet sich unser Antrag. Wir erwarten von der **Landesregierung**, dass sie im **Bundesrat** eine **In-**

itiative ergreift, um dafür zu sorgen, dass unser deutscher § 63 Aufenthaltsgesetz den Schengener Durchführungsordnungen entsprechend angepasst wird, denn sonst gibt es wirklich eine absolute Unglaubwürdigkeit in der Diskussion.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **offenen Grenzen** im Schengen-Raum sind nun seit 30 Jahren eine der wichtigsten europäischen Errungenschaften, da sind wir uns einig. In dem Irrglauben aber, Flüchtlingen unter Missachtung grundlegender Menschenrechte den Zugang ins eigene Land verschließen zu können, verletzt man bewusst den Geist der europäischen Freizügigkeit. Man schließt nicht nur für Flüchtlinge die Tür, sondern auch für die europäischen Nachbarn. Das ist nicht im Sinne von uns in Schleswig-Holstein, und es ist nicht im Sinne von Dänemark. Es ist aber auch mit Sicherheit nicht im Sinne anderer Regionen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir alle machen uns Sorgen. **Grenzkontrollen** an den **Binnengrenzen der Europäischen Union**; sieht so die europäische Freizügigkeit in diesem Jahrzehnt aus? Ist 2015 das Jahr, in dem sich immer mehr Staaten von der Idee der Europäischen Einigung verabschieden? Sorge und Kritik an den Beschlüssen zur Wiederaufnahme von Grenzkontrollen sind die eine Seite. Wir sollten aber als Ziel auch vor Augen haben, dass die **Solidarität** unter allen **EU-Mitgliedstaaten** wiederhergestellt wird,

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

denn ohne dieses Ziel zu erreichen, werden wir die aktuellen Herausforderungen nicht meistern.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Anlass der heutigen Debatte ist im Prinzip nur ein Teilaspekt. Die Mehrheit des Folketing distanziert sich nicht nur von dem Schengener Abkommen, sondern verfolgt insgesamt einen immer stärkeren **EU-kritischen Kurs**. Das fängt bei der Ablehnung einer EU-Quote für Flüchtlinge an. Hier ist **Dänemark** nicht allein, das macht **Polen** genauso. Es geht aber auch darum, dass man sich zum Beispiel bei der Bekämpfung von Terrorismus und bei der grenzübergreifenden Kriminalitätsabwehr seitens Dänemarks aus der europäischen Familie verabschiedet hat.

Aber nicht nur bei der Asyl- und Einwanderungspolitik geht Dänemark eigene nationale Wege. Protokoll 5 des EU-Vertrags enthält eine Reihe von Aus-

(Angelika Beer)

nahmeregungen für Dänemark, die sehr deutlich zeigen, dass die Dänen an einer Stärkung der europäischen Integration und der politischen Zusammenarbeit zurzeit nicht interessiert sind. Populistische Forderungen werden durchgesetzt, nicht nur im Wahlkampf, sondern auch danach, ohne dass man die Konsequenzen für die europäische Einigung oder die Minderheiten im grenznahen Bereich beachtet. Selbst gravierende wirtschaftliche Folgen, die wir möglicherweise ab Januar zu erwarten haben, werden nicht einmal vorher analysiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Dank an die Nordschleswiger, die sich nicht nur während des Wahlkampfes, sondern auch danach für ein solidarisches Europa ausgesprochen haben und dafür streiten. Es gibt eine starke Minderheit, die dem Folkeeting-Kurs der aktuellen Regierung nicht folgt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ich freue mich auf die Diskussion aller Anträge in den Ausschüssen. Ich hoffe, dass die Landesregierung entsprechende Initiativen ergreift. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birte Pauls als Antragstellerin zu c) das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir sollten uns bei allen politischen Debatten und vielleicht besonders zu diesem Thema eines immer wieder bewusst machen: Hinter jeder Zahl steckt ein Mensch; ein Mensch mit seinem ganz eigenen Schicksal. Dieses Bewusstsein schafft vielleicht noch einmal mehr eine andere Sensibilität gegenüber Belastungsgrenzen; gegenüber den Belastungsgrenzen einzelner Menschen, aber eben auch gegenüber denen von Staaten und ihren Kommunen.

Die sind bedauerlicherweise unterschiedlich ausgeprägt, wie wir auch anhand der aktuellen **Folketingbeschlüsse** erleben müssen. Während wir in Schleswig-Holstein bei 2,8 Millionen Einwohnern und 50.000 geflüchteten Menschen, die zu uns kommen, sagen: „Wir machen das“, fühlt sich Dänemark bei 5,6 Millionen Einwohnern mit knapp 15.000 Flüchtlingen schon überfordert. Das ist keine Kritik, sondern eine Feststellung. Wir haben eigentlich auch nicht das Recht, die innerdänische Politik zu kritisieren oder uns da einzumischen,

aber Dänemark ist ja nicht nur die Insel der Glückseligen, sondern unser Nachbar in einem gemeinsamen Europa.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

Wenn die Beschlüsse des dänischen Folketing direkt und mittelbar **Auswirkungen** auf die gemeinsamen Grenzen und auf die Menschen in den **Grenzregionen** und ihren Alltag haben, dann dürfen wir uns schon einmal zu Wort melden. Das hat nichts mit mangelndem Respekt vor demokratisch gefassten Beschlüssen zu tun.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat etwas damit zu tun, dass wir unsere Grenzregionen besonders im nördlichen Landesteil seit vielen Jahren gemeinsam denken. Die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Studierende, für Touristen, für Handel und Dienstleistungen, für Kultur und der dadurch mögliche und täglich stattfindende Austausch ist eine hervorragende Errungenschaft, auf die wir stolz sind und die wir angesichts aktueller humanitärer Herausforderungen für ganz Europa nicht infrage stellen und erst recht nicht aufs Spiel setzen sollten.

Ohne es verteidigen zu wollen, aber schlussendlich hat Dänemark mit seinem Beschluss nichts anderes gemacht, als Deutschland nicht längst auch schon in § 63 des Aufenthaltsgesetzes geregelt, aber nicht umgesetzt hat. Dänemark reagiert auf Beschlüsse und Ankündigungen Schwedens, zum 4. Januar 2016 Passkontrollen durchzuführen, und formuliert quasi gegenüber Schweden die gleichen Befürchtungen, die wir jetzt gegenüber **Dänemark** formulieren. Der Unterschied ist bloß, dass wir keine **Asylgesetze** und **Programme** haben, die ausschließlich dazu dienen, die Asylanträge auf ein Minimum zu reduzieren, wie es das neue 13-Punkte-Programm der dänischen Regierung vorsieht.

Herr Dr. Klug, wie ich Sie kenne und einschätze, bitte ich Sie herzlich, sich diese Programme einmal anzusehen. Dann würde ich gern Ihre Meinung hören, und danach können wir uns gerne zur Bewertung noch einmal zusammensetzen. Aber das, was ich dazu in meiner Pressemitteilung geschrieben habe, trifft das schon ganz genau.

Wir bekennen uns mit Dänemark zu einer gemeinsamen Region, und das ist auch gut und richtig so. Es gibt nämlich schon lange und jetzt wieder neu durch diese Landesregierung auf den Weg gebracht und unterstrichen, Wachstums- und Entwicklungspläne für die Grenzregionen. Diese wollen wir

(Birte Pauls)

beidseitig mit Leben füllen. Aber, wie gesagt: Die Beschlüsse haben Auswirkungen nicht nur auf die Flüchtlinge, sondern auch auf die Transportunternehmen, die sich südlich wie nördlich einer doch eigentlich gar nicht mehr vorhandenen Grenze und im Kopf negativ zu den Beschlüssen des Folketing geäußert haben.

Es wird zu erschwerten und verlängerten Transportwegen kommen. Als Beispiel möchte ich die mit viel Mühe entstandene Busroute von Husum nach Sønderborg nennen. Nach entsprechenden Ankündigungen müssen die Fahrgäste an der Grenze aussteigen, über die Grenze gehen und dann wieder in einen dänischen Bus einsteigen, um weiterzufahren. Das ist eine komplette Rolle rückwärts im **Alltag des Grenzlandes**, und das bedaure ich ausdrücklich.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein eventueller „Rückstau“ aber von geflüchteten Menschen hat dann ja noch eine ganz andere Bedeutung, besonders in diesen Zeiten. Ich erlebe das und bedanke mich jetzt schon einmal beim Kreis Schleswig-Flensburg und bei der Stadt Flensburg für ein sehr vorrausschauendes Handeln im besten humanitären Sinne.

Ich bedanke mich auch bei Ministerin Spoorendonk für die deutlichen Worte gegenüber der dänischen Regierung, die in allen Medien, der Presse und allen Publikationsorganen, die es in Dänemark gibt, Gehör gefunden haben. Dadurch ist die Haltung Schleswig-Holsteins bei unseren Nachbarn deutlich geworden. Vielen Dank dafür. Ein kurzer Draht kann eben doch helfen.

Das gilt auch für meine Partei; denn Sie sagten, Austausch hilft. Auch ich habe mich sehr kurzfristig mit dem sozialdemokratischen Kollegen Benny Engelbrecht zusammengesetzt. Das hilft, die Dinge auch unabhängig von Medienberichten beidseitig besser einschätzen zu können. Vertrauen geht eben doch nur im Dialog.

Unser Antrag ist deshalb nicht nur ein erneutes Bekenntnis zu der im Schengener Abkommen vereinbarten Freizügigkeit. Er ist auch ein deutlicher Appell für eine gemeinsame humanitäre und solidarische **Flüchtlingspolitik in Europa**, in der nationale Egoisten angesichts der historischen Herausforderungen einfach einmal etwas zurückstehen müssen. Denn wie ich anfangs sagte: Hinter jeder Zahl steckt ein Mensch.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, den alten und neuen Nachbarn, frohe und gesegnete Weihnachten und uns allen ein hoffentlich friedliches neues Jahr. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit gestern ist nun klar, dass **Schweden** ab 4. Januar nächsten Jahres seine **Grenzkontrollen** durch Übertragung der Pass- und Visakontrollen an Beförderungsunternehmen erheblich ausweiten wird. Unser Partner und Nachbar Dänemark hat in Kenntnis des schwedischen Vorhabens im Folketing ein Gesetz verabschiedet, das vergleichbare Kontrollen innerhalb seiner Grenzen möglich macht.

Unabhängig von Informationen der Europaministerin Spoorendonk in der von uns beantragten gestrigen Sitzung des Europaausschuss wurde deutlich, dass zeitgleich mit Schweden ebenso in **Dänemark** mit **verstärkten Grenzkontrollen** zu rechnen sein wird. Natürlich bedauern wir dies, belasten sie doch die Kooperationen und die Initiativen im Grenzraum Deutschland/Dänemark, die seit vielen Jahren entwickelt und auch gelebt werden, ganz deutlich. Es wird natürlich zu Belastungen von Privatpersonen und Unternehmen führen, und auch die praktische Umsetzung der gesetzlichen Regelung wird zahlreiche Fragen aufwerfen.

Die Information im gestrigen Europaausschuss hat aber auch deutlich gemacht, dass die Länder nach Inkrafttreten des Schengen-Abkommens kaum noch gültige Regelungen für länderübergreifende gemeinsame Kontrollen haben. Dies hat uns das Innenministerium sehr deutlich erklärt.

Eines will ich hier ganz klar sagen: Es geht uns nicht darum, die Maßnahmen Norwegens, Schwedens oder Dänemarks zu verurteilen. Das steht uns nicht zu, auch in Kenntnis - das ist hier angesprochen worden - unserer eigenen Rechtslage erst recht nicht, und außerdem führen auch wir an der Grenze zwischen Deutschland und Österreich seit Mitte September verstärkt Grenzkontrollen durch. Dies ist abgedeckt durch die Rechtslage im Schengen-

(Astrid Damerow)

Abkommen und wird deshalb auch von uns nicht verurteilt.

Aber die Ursachen all dieser Maßnahmen liegen woanders. Herr Kollege Klug, ich glaube nicht, dass es bedeutet, sich einen schlanken Fuß zu machen, wenn man auf die Grundursache hinweist. So ganz schlank kann der Fuß nicht sein; denn ansonsten würde die Europäische Union nicht seit Monaten und Jahren um dieses Thema ringen.

Die Ursache all dieser Maßnahmen ist der seit Jahren von den EU-Mitgliedstaaten vernachlässigte **Schutz** unserer **EU-Außengrenzen**. Dieser Schutz hatte lange Zeit keine echte Prüfung erfahren. Erst durch die im Sommer stark einsetzenden Flüchtlingsströme sind die Mängel dieses Schutzes in das Bewusstsein der Staaten gerückt. Eine fast völlig unkontrollierte Einreise in den Schengen-Raum stellt - wir erleben das ja gerade - seine große Erregungenschaft, nämlich die Freizügigkeit ohne Grenzkontrollen, infrage. Zwischen Januar und November 2015 haben nach Schätzungen mehr als 1,5 Millionen Menschen die Grenzen nach Europa illegal überschritten. Deshalb geht es heute in Europa darum, Schutz wiederherzustellen. Gelingt dies nicht, wird ein freizügiges Binneneuropa, wie wir es heute kennen und schätzen, der Vergangenheit angehören. Nationale Abgrenzung statt kooperatives Miteinander werden die Folge sein. Gerade dies erleben wir hier jetzt in den ersten Ansätzen.

Wir sind deshalb dankbar für die Legislativinitiative der Europäischen Kommission vom Dienstag dieser Woche. Kern der Vorschläge ist der Aufbau einer **europäischen Grenzpolizei**. Die Grenzschutzagentur Frontex wird neu aufgestellt und zu einer europäischen Grenzschutz- und Küstenwacht-Agentur umgewandelt. Diese wird erheblich mehr Kompetenzen erhalten. Eine gute Ausstattung und deutlich mehr Personal gehören ebenfalls dazu.

Gleichzeitig müssen für die **Flüchtlingsströme** die sogenannten **Hotspots** in Griechenland und Italien zügig ausgebaut werden. Damit können schutzbedürftige Flüchtlinge bereits an unseren Außengrenzen erfasst und innerhalb der EU verteilt werden. Ich sage aber auch ganz deutlich, dass dadurch nicht schutzbedürftige Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können.

Ziel all dieser Maßnahmen der EU wird eine dauerhafte, gerechte und vor allem solidarische Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten sein.

(Beifall CDU)

Dazu gehört im Übrigen auch - wir haben das schon mehrfach angesprochen - ein europaweit einheitliches Asylsystem. Das Gipfeltreffen der europäischen Regierungschefs gestern und heute macht Hoffnung, dass zumindest in der Frage des Schutzes der Außengrenzen eine Lösung gefunden werden kann und die Vorschläge der Kommission umgesetzt werden.

Wir werden uns alle aber noch sehr viel weiter bewegen müssen, damit wir die vor uns liegenden Herausforderungen - und dazu gehört nicht zuletzt eine echte gelebte Solidarität innerhalb der europäischen Länder - bewältigen können.

Ich bin sehr gespannt - und ich denke, es ist auch sehr aktuell -, in welcher Weise wir über unsere Anträge im Ausschuss weiter diskutieren werden. Wir alle wissen ja, die europäischen Mühlen mahlen langsam, aber stetig. Ich glaube, Geduld wird hier sehr vonnöten sein. Dafür werben wir, und dafür wirbt übrigens auch unsere Kanzlerin.

Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der **Beschluss** des dänischen **Folketing** vom vergangenen Freitag ist ein Schlag ins Gesicht für eine europaweite humane Flüchtlingspolitik und für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Falls der Beschluss des Folketings von der dänischen Regierung angewendet wird - die Kollegen sind darauf eingegangen, dass das aufgrund der Beschlüsse, die auch in Schweden getroffen wurden, immer wahrscheinlicher wird, dass das eintritt -, hätte das erhebliche Folgen für unseren grenzüberschreitenden Berufsverkehr. Wir werden in der **grenzüberschreitenden Kooperation** durch dieses Gesetz um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Das Gesetz trifft auch viele hundert Studierende, die in den deutsch-dänischen Studiengängen in Flensburg und Sønderborg studieren oder auch

(Rasmus Andresen)

Schülerinnen und Schüler, die in Flensburg wohnen und in Dänemark zur Schule gehen oder in Dänemark wohnen und in Flensburg zur Schule gehen. Gerade junge Menschen, die auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind und grenzüberschreitend leben, könnten Opfer von diesem Gesetz werden.

Aber auch auf Fehmarn kann es zu massiven Veränderungen im Fährverkehr kommen. Scandlines hat ja bereits angekündigt, dass sie den Fährverkehr reduzieren wollen, sollte dieses Gesetz zur Umsetzung kommen. Kein Wunder, dass vor diesem Hintergrund nicht nur die Verkehrsbetriebe, sondern auch die IHK Flensburg diese Beschlüsse kritisiert. Leider hat aber eine deutliche Mehrheit im Folketing im Eilverfahren dieses Gesetz ohne wirklichen Dialog mit der schleswig-holsteinischen und deutschen Seite beschlossen. Wer die Debatte dort verfolgt hat, wird feststellen, dass auf Nachfragen von Oppositionsabgeordneten deutlich geworden ist, dass dieses Gesetz ohne Amtshilfe unserer Polizei praktisch nicht umgesetzt werden kann. Ich bin unserem Innenministerium sehr dankbar dafür, dass es gestern im Europaausschuss deutlich gemacht hat, dass Amtshilfe für dänisches Recht in Deutschland gar nicht möglich ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Zuständig ist aber die Bundespolizei!)

- Dazu komme ich noch, Herr Kollege.

Unsere Landesregierung zeigt eine klare Haltung gegen diese **Abschottungspolitik**, und dafür danken wir vor allem unserer Europaministerin Anke Spoorendonk, die unverzüglich Kontakt zur dänischen Regierung aufgenommen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein ähnliches Engagement - jetzt komme ich auch zu dem Zwischenruf aus der FDP-Fraktion - würde ich mir von der Bundesregierung und vom Bundesinnenminister de Maiziére wünschen, der, so die dänische Regierung, auf Anfrage im dänischen Folketing schon etwas länger von diesen Plänen wusste. Uns ist bisher komplett schleierhaft, wie er sich dazu positioniert. Wir haben deswegen gemeinsam mit unserem Bundestagskollegen, Konstantin von Notz und Luise Amtsberg, eine Anfrage an das Bundesinnenministerium formuliert. Ich bin auf die Antwort sehr gespannt.

Es geht in der Debatte allerdings natürlich nicht nur um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, es geht um viel grundsätzlichere Auseinandersetzungen.

Auch das haben Kollegen bereits angesprochen. Es geht nämlich um eine in **Europa** total verfehlte **Flüchtlingspolitik**. Dänemark will mit dem Gesetz auf die mögliche Grenzschiebung Schwedens reagieren und schiebt die Mitverantwortung für geflüchtete Menschen gen Süden. So kann es aber keine Lösung in der Flüchtlingspolitik geben, denn wir brauchen eine europäische, eine gemeinsame Lösung. Jeder Staat muss dem gerecht werden, und das gilt auch für Dänemark, die ähnlich wie andere da erheblichen Nachholbedarf haben.

Es ist aus unserer Sicht ein Skandal, dass die EU angesichts dieser seit dem Zweiten Weltkrieg nicht dagewesenen Flüchtlingssituation keine gemeinsamen europäischen Antworten findet. Ich bin sehr gespannt - Frau Damerow ist auf die Beschlüsse und Debatten in Brüssel in diesen Tagen eingegangen -, ob es jetzt wirklich ein Durchbruch sein kann. Ich bleibe daher eher skeptisch, es wäre aber zu begrüßen, wenn sich die Staatschefs auf europäischer Ebene da weiter bewegen.

Schon lange ist klar, dass das Dublin-System gescheitert ist und dringend durch eine humane Flüchtlingspolitik ersetzt werden muss. Lange Zeit war es auch leider die Strategie unserer Bundesregierung, die Last der Aufnahme von Flüchtlingen einfach den Staaten an den Außengrenzen der EU aufzudrücken, allen voran Griechenland und Italien.

Vor diesem Hintergrund: Wir möchten als Koalition gern in der Sache abstimmen, weil die Debatte läuft und die Positionierungen jetzt vorgenommen werden müssen. Wir möchten jetzt gern ein Signal an unsere dänischen Partner senden und an alle anderen in der europäischen Flüchtlingspolitik, dass wir uns hier für eine solidarische Lösung aussprechen und gegen eine Abschottungspolitik, die auf Grenzschiebung setzt.

Anders als Ihr Antrag, Frau Damerow, in dem auch viele Sachen nicht nur falsch sind - wir Grüne würden hier auch nicht sagen, dass wir uns nicht um die Außengrenzen kümmern müssten -, setzt er jedoch im Duktus einen ganz anderen Akzent, einen Akzent, der eher in dasselbe Horn bläst, auch wenn Sie das wahrscheinlich nicht so meinen, wie das, was wir hier kritisieren. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen und unseren beschließen. Der Dialog mit Dänemark und den anderen Staaten wird fortgesetzt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gespenst der **Grenzkontrollen** huscht über unseren Kontinent. Und in vielen Ländern Europas hat man sich längst daran gewöhnt, dass Grenzkontrollen der Vergangenheit angehören. Aber, meine Damen und Herren, dies ist nur ein subjektives Gefühl, denn Fakt ist, dass Norwegen derzeit Pass- und Visakontrollen durchführt, zumindest bis zum 26. Dezember 2015. Diese werden durch die Transporteure durchgeführt. Schweden und Dänemark haben ähnliche Maßnahmen angekündigt. Slowenien verstärkt seine Zäune und führt Kontrollen an der Grenze zu den EU- und Schengen-Mitgliedern Österreich und Kroatien durch. Ungarn hat bekanntermaßen einen massiven Zaun an seiner südlichen Grenze errichten lassen und führt Grenzkontrollen an den Grenzen zu Kroatien und Rumänien durch. Auch Griechenland, meine Damen und Herren, Spanien, Frankreich und Bulgarien haben in einigen Regionen Grenzzäune aufstellen lassen. Die Slowakei kontrolliert an allen Grenzübergängen, auch zur EU hin. Polen und Tschechien kontrollieren ihre Grenzen jetzt mehr auch zum gemeinsamen deutschen Nachbarn.

In der Bundesrepublik, meine Damen und Herren, werden Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze durchgeführt. Diese bestehen seit einigen Monaten und umfassen nicht nur den Grenzverkehr, sondern auch den österreichischen Binnenverkehr. Wer von Innsbruck und Westösterreich in die Hauptstadt Wien reisen möchte, der muss automatisch durch deutsches Bundesgebiet. Das gilt sowohl für Autobahnen als auch für den Schienenverkehr. Alternativrouten für den Autobahnverkehr sowie für den gehobenen Bahnverkehr gibt es nicht und, meine Damen und Herren und lieber Kollege Klug, hier wird auf deutschem Boden durch Schaffner kontrolliert. Das, meine Damen und Herren, ist eine Absprache zwischen dem deutschen und dem österreichischen Staat. Also auch das ist jetzt schon möglich.

Fakt ist, Grenzkontrollen sind für viele **EU-Bürger** wieder Alltag geworden. Bisher waren wir in Schleswig-Holstein von einer solchen Situation befreit; abgesehen von den Wochen rund um das G-7-Außenministertreffen in Lübeck.

In diesem Sommer wurde das 30-jährige Jubiläum des **Schengener-Abkommens** gefeiert. Für uns als SSW steht zweifelsfrei fest, dass die Freizügigkeit über europäische Grenzen hinweg eine besonders wertvolle Errungenschaft ist.

(Beifall SSW und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schleswig-Holstein ist bekanntermaßen die einzige Landverbindung zu Skandinavien auf dem Gebiet der Europäischen Union. Diese Verbindung ist prägend für unser Land und spielt bei vielen Schleswig-Holsteinern eine entscheidende Rolle im Alltag. Die **offenen Grenzen** haben zu mehr Arbeitsplätzen geführt und die **Wirtschaft** positiv beeinflusst. Zudem befördert es den **kulturellen Austausch**, wenn Urlauber, Studierende, Schüler, Arbeitnehmer und Einkaufstouristen seit inzwischen einer ganzen Generation ungehindert die deutsch-dänische Grenze passieren können.

Natürlich ist die Einführung von Grenzkontrollen dann ein bedeutender Eingriff. Doch Schengen steht eben nicht nur für offene Grenzen, sondern das Abkommen regelt ganz genau, wie Grenzkontrollen in Ausnahmefällen zu handhaben sind. Dabei geht es im konkreten Fall nicht um permanente Maßnahmen, sondern es geht um einen kürzeren Zeitraum von 30 Tagen. Die Regierung in Kopenhagen wird diese Maßnahmen mutmaßlich zu Beginn des kommenden Jahres umsetzen, Ansagen, dass Beförderungsunternehmen in Deutschland zur Kontrolle ihrer Reisenden keine Befugnisse hätten - das habe ich gerade gesagt -, sind falsch. Beförderungsunternehmen dürfen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nur über die deutsche Grenze befördern, sofern die Reisenden in Besitz eines Passes oder eines Aufenthaltstitels sind. So steht es im deutschen **Aufenthaltsgesetz**. Wer es nachlesen will: Es ist § 63.

Nach diesem Gesetz besteht auch die Möglichkeit, entsprechende **Kontrollen** durch Beförderungsunternehmen anzuordnen, meine Damen und Herren. Die entsprechende Durchführungsverordnung empfehle ich Ihnen ebenso zum Nachlesen. Diese Regelung wird derzeit an der deutsch-österreichischen Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland angewandt. Sie ist also nicht nur angekündigt, sie wird auch angewandt. Wir haben also hier in unserem Land ähnliche Verhältnisse, wie sie Dänemark einführen will. Trotzdem führen solche Grenzkontrollen zu erheblichen praktischen Problemen für die betroffenen Beförderungsunternehmen und für die Menschen im Grenzland, weshalb sie natürlich vermieden werden sollten.

(Lars Harms)

Was wir deshalb brauchen, ist eine europäische Lösung, meine Damen und Herren, sowohl für Grenzkontrollen als auch für die Verteilung von Flüchtlingen, die ja eigentlich als Ursprung des Ganzen gelten. Es gibt einen Ort, an dem **Grenzkontrollen** oder ein verbessertes Einreiseregime tatsächlich Sinn machen würde, nämlich an den Außengrenzen des Schengen-Raums. Was wir nicht brauchen, ist eine tatsächliche Auflösung des Schengen-Abkommens und die flächendeckende Wiedereinführung von Grenzkontrollen und Ähnlichem, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW)

Es kann keine nationale Lösung für ein internationales Problem geben, meine Damen und Herren. Denn genau davor stehen wir. Das Letzte, was wir jetzt brauchen, sind nationale Alleingänge. Deswegen ist unser Antrag auch der richtige Antrag, der genau diesen Fokus setzt, genügend Offenheit aber auch hat, dass man sich diesem Antrag anschließen kann. Wir wollen eine europäische Lösung, sowohl was die Flüchtlingsfrage angeht als auch was die Grenzfragen angeht. Wir wollen verhindern, dass Schengen in irgendeiner Art und Weise hinten runterfällt. Wir leben davon, dass wir offene Grenzen haben, gerade bei uns im Grenzland. Wir wollen, dass es so bleibt. Das schafft auch einen guten kulturellen Austausch, das schafft aber auch Arbeitsplätze und generiert Wirtschaftswachstum. Da sollten wir als Menschen in Schleswig-Holstein uns dafür einsetzen, dass unsere Grenze offenbleibt. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. Dann hat jetzt die Landesregierung das Wort. Es spricht die Europaministerin und Kulturministerin Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist das Los der Europapolitik, häufig mit scheinbar abstrakten und technischen Themen verknüpft zu sein, für die sich wenige Menschen wirklich begeistern können. Viele Bürgerinnen und Bürger - Sie wissen das - empfinden Europa oft als wenig greifbar und sind skeptisch, ob das, was an den Vorgaben und Regelungen denn immer mal wieder aus Brüssel kommt, in ihrem Leben auch

wirklich einen positiv spürbaren Unterschied macht und ob Europa überhaupt einen Unterschied macht.

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte aber zeigt: Europa macht einen gewaltigen Unterschied. Wir erörtern heute hier ein Thema, das nicht nur in Form von gleich mehreren Dringlichkeitsanträgen, sondern ganz konkret die Menschen in unserem Land bewegt. Die **Freizügigkeit** über europäische Binnengrenzen hinweg ist eine kostbare Errungenschaft. Sie hat die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger überall in **Europa** spürbar erhöht, und das natürlich nirgendwo mehr als in den Grenzregionen Europas.

Für uns in Schleswig-Holstein ist der grenzüberschreitende Alltag schon lange gelebter Alltag. Umso mehr bewegt es uns alle, wenn diese Errungenschaft, die für uns ja so selbstverständlich geworden ist, jetzt infrage gestellt wird.

Lassen Sie mich daher nochmals vorab eines deutlich und grundsätzlich sagen: Ja, wir sind als Landesregierung besorgt über die aktuellen dänischen Beschlüsse

(Unruhe - Glocke Präsident)

und deren Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Alltag.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir teilen nicht die Auffassung der dänischen und einiger anderer Regierungen, dass verstärkte Grenzkontrollen im Schengen-Raum ein taugliches Mittel der **Flüchtlingspolitik** sind.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben unsere Position und unsere Bedenken gegenüber der dänischen Regierung deutlich zum Ausdruck gebracht. Dazu hatte ich ja gestern im Europaausschuss Gelegenheit, einiges zu sagen - das werde ich jetzt nicht wiederholen -, dass wir auch in den dänischen Medien unsere Botschaften und unsere Bedenken losgeworden sind. Darauf hat die Abgeordnete Birte Pauls hingewiesen. Dem ist natürlich so.

Das heißt, wir haben unsere Bedenken deutlich gemacht, haben unsere Sorgen deutlich gemacht. Aber das haben wir gekonnt - es ist wichtig, das hervorzuheben - weil wir einen äußerst offenen und vertrauenswürdigen Dialog mit unseren nördlichen Nachbarn pflegen. Unser Verhältnis zueinander ist gut und wird durch inhaltliche Differenzen nicht infrage gestellt. Das heißt, es gibt keine „Eiszeit“,

(Ministerin Anke Spoorendonk)

von der hin und wieder gesprochen wurde. Im Gegenteil, es zeigt sich gerade auch in dieser Situation, wie wichtig es ist, dass wir den Dialog miteinander führen und deutlich machen können: Das eine ist die Ebene, die Bundesebene Berlin, die andere Ebene ist die schleswig-holsteinische Ebene. Darum sage ich: Ja, wir haben ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis zueinander.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Ministerin, ich konnte Ihren Ausführungen im Europaausschuss leider nicht folgen. Würden Sie dem Parlament und mir mitteilen, wie die Wirkung Ihrer Kommunikation in Dänemark oder die von Frau Pauls war?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja, das will ich gern machen, lieber Herr Kollege Kubicki. Ich hatte schon erwartet, dass Sie diese Frage stellen würden. Was wir erreicht haben ist, dass in der dänischen politischen Öffentlichkeit deutlich verstanden worden ist, dass wir es nicht mit Innenpolitik zu tun haben, sondern mit einer Politik, die Auswirkungen auf die **deutsch-dänische Zusammenarbeit** hat. Das hat man begriffen. Das war der Hintergrund dafür, dass ich in ganz vielen Medien danach gefragt wurde, wie Schleswig-Holstein reagiert, weil man immer wieder erlebt, dass auf der nationalen Ebene Berlin Ansprechpartner ist. Was wir mit unserem Rahmenplan zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit erreicht haben, ist, darauf hinzuweisen, wie wichtig das deutsch-dänische Verhältnis für uns ist. Und das habe ich jetzt noch einmal allen in Erinnerung rufen können. Die Zusage, ja, ihr werdet informiert - wir können nicht erwarten, dass man sich nach uns richtet, aber dass wir informiert werden, dass wir ernst genommen werden -, das habe ich erreicht. Das will ich nicht kleinreden.

(Beifall SPD, SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir auch erreicht haben, und zwar haben wir das nicht jetzt in dieser aktuellen Situation erreicht, sondern das wurde erreicht als Ergebnis des Gesprächs zwischen Ministerpräsident Albig mit dem dänischen Regierungschef Lars Løkke Rasmussen, an dem auch ich teilgenommen habe, ist, es wird keine **Grenzkontrollen** wie in alten Zeiten geben. Aus diesem Gespräch ging auch hervor, ja, die dänische Regierung will auch die deutsch-dänische Zusammenarbeit weiterentwickeln. Im November hat man einen Wachstumsplan verabschiedet, der genau dieses auch zum Ausdruck bringt.

Das heißt, die dänische Regierung fühlt sich uns gegenüber verpflichtet und fühlt sich auch der deutsch-dänischen Zusammenarbeit gegenüber verpflichtet, eine Zusammenarbeit, die ja schon in ganz vielen Bereichen läuft, auf unterschiedlichen Ebenen läuft und die für Schleswig-Holstein und nicht zuletzt auch für die Grenzregion ein wichtiger Wachstumsfaktor ist.

Meine Damen und Herren, nun aber haben wir die aktuelle Situation, dass mit den dänischen Beschlüssen Beförderungsunternehmen dazu verpflichtet werden können, Pässe und Identifikationspapiere zu kontrollieren. Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen natürlich zu einer empfindlichen Einschränkung der Mobilität von Arbeitnehmern, Schülerinnen und Schülern, Azubis und Studierenden führen könnten. Wir reden hier - auch das ist schon aus der Debatte hervorgegangen - von über 40 Fahrten täglich, und wir reden davon, dass knapp 9.000 Personen jährlich von Schleswig-Holstein nach Dänemark pendeln und noch einmal 1.200 Personen in der Gegenrichtung. Wenn die Dänischen Staatsbahnen und Scandlines ihre Ankündigung wahr machen sollten, könnte es weitere spürbare Auswirkungen auf die Mobilität, auf die wirtschaftliche Entwicklung und auch auf den Tourismus in unserer Grenzregion geben.

Dies alles habe ich der dänischen Integrationsministerin Inger Støjberg in unseren beiden Telefonaten deutlich gemacht. Ich habe ihr die Argumente der Landesregierung auch noch einmal schriftlich gegeben, und zwar vor der dritten Behandlung des dänischen Parlaments zu diesem Gesetzentwurf. Sie hat in den Telefonaten gesagt, dass Schleswig-Holstein künftig besser informiert werden wird. Ich sage „künftig“, weil die Anfänge etwas holperig waren. Gleichzeitig habe ich in den Telefonaten gefragt, wie man sich die praktische Umsetzung eines solchen Vorhabens vorstellt. Die Ministerin antwortete

(Ministerin Anke Spoorendonk)

mir darauf, dass genau dies noch zu überprüfen sei, und - so ihre Worte - es sei eine Notfallregelung, die notwendig sei, um auf die Entwicklungen in Norwegen und insbesondere in Schweden reagieren zu können.

Das heißt, wir gehen davon aus - ich werde jetzt auf die schwedische Regelung nicht weiter eingehen -, dass wir Anfang Januar eine Situation mit verschärften Grenzkontrollen vorfinden werden. Ich kann hinzufügen, dass aus der Öresundregion verlautbart wurde, dass der sogenannte Öresundzug am Flughafen anhalten wird - das macht er sowieso -, aber die Reisenden müssen dann aussteigen, Pass oder Identifikationspapiere zeigen, und dann können sie wieder in den Zug einsteigen. Alle rechnen damit, dass es dann eine Verspätung von ungefähr einer Stunde geben wird. Die Diskussionen laufen da im Moment sehr intensiv. Auch die öffentlichen Diskussionen laufen sehr kontrovers.

Wir haben mehrfach angesprochen, dass die steigenden Flüchtlingszahlen unsere Gesellschaften vor eine Vielzahl von Herausforderungen stellen. Meine feste Überzeugung ist auch, dass wir eine europäische Lösung brauchen - ganz klar. Aber gerade der EU-Gipfel, der am Dienstag begann, aus dem die Beschlussfassung zu Frontex hervorgeht, macht deutlich, wie schwierig die Umsetzung einer gemeinsamen europäischen **Flüchtlingspolitik** sein wird. Das wissen wir bereits, weil aus der Ansage, dass 160.000 Flüchtlinge innerhalb des europäischen Raumes umverteilt werden müssen, noch nichts geworden ist. Auch bei den Hotspots steht man noch an den Anfängen.

Man kommt bei der Sicherung der europäischen Außengrenzen anscheinend weiter. Ich glaube, es ist notwendig, diese Grenzen zu sichern, aber man könnte natürlich auch fragen, warum man sich dort einigen kann, wenn man die anderen Aspekte dieser Fragestellung nicht gemeinsam miteinander umsetzen will. Das soll heißen: Wir müssen weiterhin eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik fordern.

Als letzte Anmerkung ein Zitat des UNHCR, der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen, dort heißt es in dem aktuellen Bericht: „Weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht.“ 2015 wird also wahrscheinlich alle bisherigen Rekorde übertreffen. In einem globalen Kontext bedeutet dies, dass ein Mensch von 122 gezwungen wurde, sein Haus zu verlassen. So sieht die Wirklichkeit im Moment aus. Darum ist es notwendig, bei jeder Gelegenheit Solidarität, Mitgefühl und Mitmenschlichkeit einzufordern. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Wird davon Gebrauch gemacht? - Ja. Frau Abgeordnete Beer von der Piratenfraktion hat das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Frau Ministerin, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen und auch Ihr Engagement, um zu versuchen, die **deutsch-dänische Zusammenarbeit** weiter positiv in die richtige Richtung zu lenken. Ich denke - das möchte ich noch einmal unterstreichen -, gerade darum - deswegen haben wir unseren Dringlichkeitsantrag gestellt - eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, wäre hilfreich auf dem Weg, weil es eben nicht das Bashing der Dänen ist, sondern wir endlich anfangen würden, vor der eigenen Haustür zu kehren.

(Beifall PIRATEN)

Das, was der Kollege Harms gerade ausgeführt hat, steht keineswegs im Widerspruch dazu, sondern das Manko an der deutschen Gesetzgebung und § 63 Aufenthaltsgesetz ist, dass es sich eben nicht an den Vorschriften der Schengen-Verordnung orientiert, sondern weiter gefasst und weiter interpretiert werden kann.

(Beifall PIRATEN)

Da möchten wir eine Änderung erreichen. Vor diesem Hintergrund - ich finde es wichtig, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss und Europaausschuss noch einmal beraten, welche Möglichkeiten wir gemeinsam sehen - bin ich echt ein Stück entsetzt, dass jetzt - das ist mir gerade so gesagt worden - die Ausschussüberweisung der Anträge von FDP, CDU und PIRATEN hier abgelehnt wird und eine Resolution der Koalition verabschiedet werden soll, die an der aktuellen Situation überhaupt nichts ändert, sondern nur sagt: Wir warten ab, was auf uns zukommt.

Deswegen mein Appell, das noch einmal zu überdenken. Es läuft ja nichts weg bis Januar, damit wir gemeinsam - unabhängig von bestimmten Differenzen - dort eine Resolution erarbeiten können, die dann auch praktische Auswirkungen für deutsche Verantwortung hat

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Angelika Beer)

und nicht nur immer nach Dänemark schaut. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass die Piratenfraktion und die CDU-Fraktion die Anträge sämtlich dem Europaausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen wollen und dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt hat, in der Sache abzustimmen.

Zunächst einmal lasse ich darüber abstimmen, ob alle vorliegenden Anträge zu dem Thema überwiesen werden sollen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Mit einer Gegenstimme wird das dem Europaausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Unabhängige Verbraucherberatung absichern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3643

Verbraucherschutzoffensive für Schleswig-Holstein statt Existenzbedrohung der Verbraucherzentrale

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3681

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Abgeordnete! **Verbraucherschutz** geht jeden etwas an. Wir alle sind täglich mit einer unüberschaubaren Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen konfrontiert. Nicht immer ist die Entscheidung dabei richtig. Schnell geht der Überblick verloren, und Beratung und Hilfestellung sind nötig. Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein bildet da einen verlässlichen Anker.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vor allem die Unabhängigkeit der **Verbraucherzentralen** ist dabei der absolute Markenkern. Die Einigung der Landesregierung mit den Verbraucherzentralen über eine Zielvereinbarung steht am Ende eines langen Strategieprozesses, eines Prozesses, der sich gelohnt hat, an dessen Ende eine Erhöhung der Landesmittel um rund 25 % gegenüber der bisherigen Bundesbasisfinanzierung steht - abgesichert bis ins Jahr 2020. Dies schafft Planungssicherheit, und es ist diese SPD-geführte Landesregierung, die den Verbraucherzentralen diese Sicherheit gibt. Dafür vielen Dank.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

Die Ergebnisse des Strategieprozesses gehen jedoch noch viel weiter als die bloße Verbesserung der Mittelausstattung. Wichtig war uns, dass die Kernaufgaben der Verbraucherzentralen verbindlich definiert werden. Dies wird mit der Zielvereinbarung geschehen. Das sehen wir nicht als Eingriff in die Unabhängigkeit der Verbraucherzentralen, ganz im Gegenteil. Durch die Entflechtung von Projektmitteln, Kofinanzierung und institutioneller Förderung wird die Unabhängigkeit von Beratung, Bildung und Information der Verbraucher weiter gestärkt.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Kollegin Regina Poersch - auch von hier aus noch einmal gute Besserung - hat hier schon im vergangenen Jahr in zwei Debatten eines deutlich gemacht: Wir Sozialdemokraten stehen hinter den Verbraucherzentralen.

(Beifall SPD)

Dennoch ist es uns wichtig, dass den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung getragen wird, Beispiel Digitalisierung. Verbraucherinnen und Verbraucher informieren sich heute auf vielfältige Weise. Meine Generation und zum Beispiel auch die immer zahlreicher werdenden Senioren greifen auf das Internet zurück - ganz selbstverständlich -, soziale Netzwerke, Apps und so weiter. Das zeigt nicht nur, dass die wachsende Bedeutung der digitalen Medien diskutiert werden muss, nein, es zeigt auch, dass der Zugang zu Information und Beratung so niedrigschwellig wie möglich zu erfolgen hat. Dies stellt unbestritten eine Herausforderung auch für die Verbraucherzentralen dar.

Der Weg hin zu einer höheren Reichweite führt daher nicht zwangsweise über mehr Standorte. Viel-

(Tobias von Pein)

mehr müssen Mittel und Wege gestärkt werden, die einen niedrigschwelligen Zugang auch jenseits von Öffnungszeiten gewährleistet. Eine Stärkung von der **digitalen Beratung** und von Mobilitätsmaßnahmen kommt dabei auf die Tagesordnung. Mit den Zielen aus der Vereinbarung ist es ein wichtiger Schritt, der in diese Richtung gemacht wurde. Die bestehende Zahl von fünf Beratungsstellen ist sinnvoll, um auch weiterhin eine Präsenz vor Ort anbieten zu können. Wir halten sie auch für zukunftsfähig - mit den digitalen Angeboten als Ergänzung. Kurzum, das sehr gute und konstruktive Ergebnis der Zielvereinbarung zeigt: Wir nehmen den Verbraucherschutz ernst. Für den Einsatz in den letzten Monaten möchte ich der Landesregierung und insbesondere Minister Meyer ausdrücklich danken.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das einzig Bedauerliche war die - ich drücke mich hier sehr zurückhaltend aus - unglückliche Berichterstattung der letzten Wochen. Diese trug leider weder dem einvernehmlichen Ergebnis der Zielvereinbarung Rechnung, noch wurde damit irgendjemandem geholfen, schon gar nicht dem Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und SSW)

Die PIRATEN springen mit ihrem Antrag leider genau auf diesen Zug auf. Herr Kollege Breyer, damit schaffen Sie keine Sicherheit für die Verbraucherzentralen, im Gegenteil. Sie sorgen für Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land, indem Sie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Verbraucherzentralen unterwandern.

(Uli König [PIRATEN]: Was?)

Lassen Sie uns vielmehr auch weiterhin dafür sorgen, dass wir in Schleswig-Holstein alle gemeinsam von der hohen Qualität und Professionalität der Verbraucherberatung profitieren können. Ein wichtiger Meilenstein ist mit der Zielvereinbarung erreicht, nun muss sie mit Leben gefüllt werden, ohne Frage. Ich vertraue darauf, dass die Landesregierung hier Hand in Hand mit den Verbraucherzentralen den richtigen Weg geht.

Um auch hier in diesen Tagen einen berühmten Jedi-Ritter zu zitieren, vielleicht in Richtung Patrick Breyer:

Patrick, „auch du wirst entdecken, dass viele Wahrheiten, an die wir uns klammern, von unserem persönlichen Standpunkt abhängig sind.“

- Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Lassen wir das noch ein wenig wirken. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Karsten Jasper das Wort.

Karsten Jasper [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Jahr 2012 hat der damalige Staatssekretär Müller-Beck bei einem Besuch in Heide ein Strategiepapier angekündigt. Es tat sich lange nichts, außer dass Herr Beck nach Berlin gegangen und nicht mehr im Wirtschaftsministerium ist. Wir haben die Vorlage des Strategiepapiers dann in einem Antrag vom 28. Januar 2014 noch einmal angemahnt, und wir hatten bereits in unseren Haushaltsanträgen 2014 höhere Mittel für die **Verbraucherzentralen** eingeplant.

Meine Damen und Herren, nach drei Jahren gibt es immer noch kein Strategiepapier, aber es gibt wenigstens eine **Zielvereinbarung** zwischen der Landesregierung und der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, die meines Wissens nach im Januar unterschrieben werden soll.

Der sogenannte Strategieprozess wurde von einer Unternehmensberatung begleitet. Das war kein einfacher Prozess. Das hat man auch nicht anders erwartet, Herr Bock und Frau Hintz. Es ist in diesem Prozess aber auch sehr viel Vertrauen verloren gegangen. Das habe ich zumindest festgestellt. Auf der einen Seite die Unternehmensberatung, auf der anderen Seite die Mitarbeiter, die Geschäftsführung und der Vorstand, dazwischen - so will ich das einmal formulieren - der Beirat und das Ministerium. Die Eiszeit gipfelte darin, dass vor dem Landeshaus eine Demonstration der Mitarbeiter der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein stattfand.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal unterstreichen - wie Sie, Herr Kollege von der SPD, es eben gemacht haben -, dass es nicht förderlich war, dass Zwischeninformationen an die Presse gelangen und durchgestochen worden sind; das war für die Atmosphäre der Gespräche nicht hilfreich.

Aber jetzt - nach viel zu langer Zeit - ist man endlich zu einer Zielvereinbarung gekommen. Es fällt mir schwer, mich nach so langer Zeit daran zu erinnern, was eigentlich unsere Ziele waren.

(Karsten Jasper)

Wir wollten für die engagierten und gut ausgebildeten Mitarbeiter weg von einer Projektförderung, die immer nur zeitlich angelegt ist, hin zu einer verlässlichen institutionellen Förderung. Wir haben - das habe ich schon gesagt - in unseren Haushaltsanträgen 2014 mehr Gelder gefordert, die seriös gegenfinanziert waren, aber von den Regierungsfractionen abgelehnt worden sind.

Ein weiteres Ziel war die Dynamisierung angesichts der Kostenentwicklung. Hier ist durch Staatssekretär Nägele zugesagt worden, dass man das aus den sogenannten sonstigen Kosten verwenden könnte. Darauf bin ich gespannt. Wir werden das im Auge behalten. Das wurde sehr locker dargestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bereits im Januar 2014 auf einer CDU-Klausurtagung ausdrücklich für den Erhalt der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein ausgesprochen und damit auch für die Außenstellen. Dort war auch der ehemalige Minister der Grünen, Klaus Müller, anwesend, als wir das Papier vorgestellt haben. Er hat dieses Papier sehr gelobt.

Ich fordere die Städte, in denen Außenstellen sind, auf kofinanzieren. Auch das gehört dazu, dass sich die Kommunen an der Finanzierung beteiligen, wie es Norderstedt, Heide und Kiel bereits machen.

Nach zähen Verhandlungen ist jetzt endlich ein Kompromiss erreicht worden. Nach Aussage von Staatssekretär Nägele - so habe zumindest ich das aufgefasst - können die Mittel flexibel und unbürokratisch eingesetzt werden.

Herr Minister, ich bedanke mich - wenn Sie das vielleicht an Herrn Nägele weitergeben - ausdrücklich dafür, dass wir laufend informiert worden sind, bei den Verhandlungen eigentlich mit dabei waren und Zwischenstände mitbekommen haben.

Unsere Erwartung an die Verbraucherzentrale - ich sehe hier das Licht blinken, ich komme zum Schluss - ist, dass sich die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein im Rahmen der **Digitalisierung** weiter zukunftsfähig aufstellt. Unsere Erwartung ist auch, dass die Mittel flexibel eingesetzt werden, wie es uns versprochen worden ist.

Meine Damen und Herren, als letzter Redner der CDU komme ich einer Bitte unseres Parlamentarischen Staatssekretärs gern nach und darf Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, eigentlich hat es nur die letzten 14 Sekunden geblinkt, und der Parlamentarische Staatssekretär ist immer noch Parlamentarischer Geschäftsführer.

(Heiterkeit)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verbraucherpolitik ist ein Kernanliegen dieser Regierungskoalition und der grünen Politik. Unabhängige **Verbraucherberatung** ist davon existenzieller Bestandteil. Es geht nicht nur darum, Verbrauchertäuschung im Wirrwarr von Produktkennzeichnungen, Werbeversprechen und Vertragsrecht zu begegnen. Es geht darum, in diesem Wirrwarr mit qualifizierten Auskünften anzukommen. Unabhängige Verbraucherberatung ist unverzichtbar für ein funktionierendes Marktgeschehen unserer Volkswirtschaft.

Sie erst ermöglicht, dass sich Anbieter und Nachfrager auf Augenhöhe begegnen und Verbraucherrechte gewahrt werden können. Unabhängige Verbraucherinformation hat den Charakter eines öffentlichen Gutes. Darum kann sie auch nicht kosten deckend sein. Ihre anteilige Finanzierung aus öffentlichen Mitteln ergibt sich damit zwangsläufig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Verbraucherzentrale** Schleswig-Holstein ist bei uns im Land die erste Adresse für kompetente, unabhängige und hochqualifizierte Beratung. Durch steigende Kosten, erhöhten Beratungsbedarf sowie Kürzung der Landesmittel in den vergangenen Legislaturperioden war es seit Jahren immer wieder sehr unruhig um die Verbraucherzentrale, besonders natürlich, wenn es wieder an die Haushaltsberatungen ging.

Wir haben in einzelnen Haushaltsjahren jeweils mit Projektmitteln versucht aufzustocken. Dabei war uns natürlich immer klar, dass das keine Dauerlösung sein kann. Die Verbraucherzentrale braucht eine verlässliche Grundfinanzierung, unabhängig von den jeweiligen Projekten und Kostenlagen, die sich monatlich, jährlich neu ergeben. Das ist Voraussetzung, um mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch mittelfristig planen zu können, nicht nur von Jahr zu Jahr und von Projekt zu Projekt.

(Bernd Voß)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Dazu war es auch erforderlich, dass wir uns gemeinsam mit der Verbraucherzentrale klar darüber werden: Wo stehen wir in den Kernbereichen? Wo wollen wir reingehen? Was wollen wir mit Landesmitteln finanzieren?

Wir sichern der Verbraucherzentrale dabei maximale **Flexibilität** bei der erforderlichen Kofinanzierung der verschiedenen Elemente der Arbeit zu. Uns ist bewusst, dass die Verbraucherzentrale darüber hinaus einen wesentlichen Teil ihrer Ausgaben durch weitere Finanzquellen bestreitet. Das sind die Einnahmen aus Beratungsgebühren, aber auch Projektmittel von Bund, Land und Kommunen. Nur ein Projektbeispiel: Seit 2014 wird mit über 100.000 € jährlich aus unserem Energieministerium die **Energieberatung** bei der Verbraucherzentrale mitfinanziert.

Ich will jetzt nicht im Einzelnen auf die Zielvereinbarung und darauf, wie es dazu gekommen ist, eingehen. Dazu haben die Kollegen schon einiges gesagt. Ich begrüße, dass die Zielvereinbarung jetzt endlich zustande gekommen ist. Sie verschafft der Verbraucherzentrale erst einmal Sicherheit über die Finanzierung ihres Kernbereichs für die nächsten immerhin fünf Jahre. Die Mittel werden - nehme ich die Mittel für die Kleinprojekte mit - auf knapp 900.000 €, also 895.000 €, aufgestockt. Das ist ein Zuwachs von immerhin 20 %. Darüber hinaus - das ist eben auch schon gesagt worden - stehen gewisse Anpassungen bei Tarifsteigerungen beziehungsweise Inflation in Aussicht.

Dies ist sicherlich ein guter Fortschritt zur Absicherung des Angebots der Verbraucherberatung im Land. Mir ist klar, dass es den einen oder anderen geben wird, der uns vorrechnet oder eine Offensive reitet, wie wir das in der Überschrift des Piratenantrages lesen können, warum das immer noch nicht reicht. Es ist auch okay, die Opposition muss letztlich auch funktionieren.

Noch ein Wort zu den Beratungsstrukturen. Wir halten den Betrieb von mindestens fünf Beratungsstellen im Land als **Anlaufstellen für Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung** für geboten. Die Erreichbarkeit wird in den kommenden Jahren über ein von der Verbraucherzentrale zu erstellendes Konzept zur Implementierung von Digitalisierungs- und Mobilisierungsmaßnahmen weiter verbessert werden. Bei der Digitalisierung der Verbraucherberatung wollen die PIRATEN anschei-

nend nichts bewegen. Das fehlt einfach im Antrag der Netzpartei.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Haben Sie ihn eigentlich gelesen? Das ist die erste Forderung, die wir gestellt haben!)

Die wertvolle Arbeit der Verbraucherzentrale konnte in der Vergangenheit und kann in der Zukunft nur durch die hohe Motivation und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt werden. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Unabhängigkeit ist das Fundament für die hohe Qualität der Arbeit der Verbraucherzentrale. Darauf setzen wir auch in Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

(Uli König [PIRATEN]: Frau Klahn hat ihn gelesen!)

Anita Klahn [FDP]:

Ja, Frau Klahn hat ihn eben noch einmal ganz schnell gelesen! - Nein, ich habe ihn vorher schon einmal gelesen.

(Beifall PIRATEN)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das vollmundige Versprechen der Koalition in ihrem Vertrag: „Unser Ziel ist eine Stärkung des Verbraucherschutzes“, verbunden mit der Zusicherung: „Wir werden uns für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen“, wurde mit der gestrigen Verabschiedung des Haushaltes eigentlich zur Makulatur. Denn mit Ihren Haushaltsbeschlüssen haben Sie die finanzielle **Zuwendung an die Verbraucherzentralen** für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Die ist niedriger, als der jetzige Status der Verbraucherzentralen abbildet. In der Sitzung, in der über den Strategieprozess gesprochen worden ist, ist eindeutig gesagt worden, dass nach wie vor 42.000 € fehlen, um die Besetzung der Stelle des Pressesprechers, die als nächstes ansteht, durchzuführen.

(Beifall FDP und PIRATEN - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Ich lasse keine Zwischenfragen des aufgeregten Herrn Habersaat zu.

(Anita Klahn)

(Olaf Schulze [SPD]: Wenn ich nicht antworten kann, würde ich das auch nicht zulassen!)

- Ich kann es beantworten. Ich glaube, Sie können auch lesen. Lassen Sie mich bitte meine Gedanken fortführen.

Wir wussten auch ohne die Beratungsfirma schon - die in meinen Augen eine unglückliche Figur gemacht hat -, dass die Verbraucherzentrale in allen Fragen von Finanzen abhängig ist. Aus unserer Sicht war ganz wichtig - da sollten Sie noch einmal in Ihrem Koalitionsvertrag nachlesen -: Wir waren seitens der FDP bereit, mit Ihnen in eine Diskussion zu treten -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dialog!)

- Entschuldigung: Dialog! -, um mit Ihnen die Kernaufgaben und Kernbereiche der Verbraucherzentralen für die Zukunft festzusetzen, zu definieren und über eine Finanzierung zu diskutieren. Das hat so nicht stattgefunden.

Ich sage ganz klar und deutlich: Seien Sie ehrlich, wenn Sie die Verbraucherzentralen nicht mehr für notwendig erachten. Dann formulieren Sie das und sorgen Sie nicht für ein Sterben auf Raten,

(Beifall FDP und PIRATEN)

indem Sie die Finanzierung nicht sicherstellen.

Der vorliegende Antrag soll bejubeln, was Sie bereits festgezurrert haben. Soweit ich weiß, ist die Zielvereinbarung noch nicht unterschrieben. Ich weiß auch nicht, ob ich den Vertretern dort nicht den Rat geben sollte, das nicht zu machen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Gut, dass die nicht auf Sie hören! Das ist ein toller Vorschlag! - Weitere Zurufe SPD)

Die Zusage, dass Sie die Dynamisierung jährlich im Rahmen der Haushaltsberatungen überprüfen, ist eigentlich nichts als ein Hinhalten. Sie haben nämlich noch lange nicht zugesagt, dass Sie eine Dynamisierung vornehmen und die Verbraucherzentrale Planungssicherheit bekommt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Sie bräuchten eigentlich 37 %, um die Inflationsrate seit 2003 aufzuholen.

(Zurufe SPD)

- Je lauter Sie werden, desto mehr Spaß macht es mir.

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, das ist im Moment ja gar keine Weihnachtsstimmung! Lassen Sie doch der Abgeordneten Klahn jetzt die Möglichkeit, ihren Redebeitrag zu Ende zu bringen.

(Heiterkeit)

Anita Klahn [FDP]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Darf ich mich jetzt eigentlich auch unflätig artikulieren, wenn ich mich aufrege?

Präsident Klaus Schlie:

Dazu würde ich nicht raten, Frau Abgeordnete.

Anita Klahn [FDP]:

Meine Damen und Herren, von Ihrem Versprechen, die Verbraucherzentralen ausreichend abzusichern, ist nichts übrig. Sie haben einen Pseudodialog geführt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das Ergebnis stand offensichtlich im Vorhinein fest. Staatssekretär Dr. Nägele hat das in einer Sitzung auch deutlich gemacht. Er hat gesagt, mehr Geld sei nicht da, nur das könne man zur Verfügung stellen. Das ist eine Aussage.

Mit einem Blick auf die Stadt Flensburg formuliere ich: Sie rechnen doch im Stillen und Geheimen damit, dass sich die **Kommunen**, in denen die wenigen fünf Verbraucherzentralen noch sind, jetzt finanziell beteiligen. Sie übertragen damit schleichend die Ausgaben auf Kommunen, die Sie finanziell aber auch nicht besserstellen.

(Zurufe)

- In Flensburg sind es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewesen, die den Antrag gestellt haben, dass die Stadt einen Zuschuss an die Verbraucherzentrale gibt, weil die Verbraucherzentrale, die dort ein Defizit von 74.000 € hat, sonst überhaupt nicht mehr existieren kann.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Und Sie reden davon, dass Sie die Verbraucherzentralen am Leben erhalten wollen. Sie loben sich, dass Sie 25 % mehr geben. Meine Damen und Herren, Rechnen war noch nie Ihre Stärke, wird es auch offensichtlich nicht werden.

(Beifall FDP und CDU - Widerspruch SPD)

(Anita Klahn)

In diesem Sinne: Auch ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit. Gehen Sie hinaus in die Welt, und geben Sie Ihre Weisheiten bekannt!

(Beifall FDP und Uli König [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege von Pein: Wer glaubt an den Weihnachtsmann? Das könnte ich fragen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Na ja, wer eine rote Mütze hat!)

Der einzige Standpunkt, von dem aus Ihre Behauptungen zur Verbraucherzentrale der Wahrheit entsprechen, ist die Kabarettbühne, muss man einmal sagen.

(Beifall FDP und Uli König [PIRATEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Fakten! Transparenz am Markt, Datenschutz im Netz, Aufklärung über Abzocke sind Kernanliegen von uns PIRATEN, und deswegen unterstützen wir seit Jahren die Arbeit der Verbraucherzentrale, indem wir für eine **ausreichende Finanzierung** kämpfen, und zwar zuletzt am Mittwoch in den Haushaltsberatungen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Seit Jahren!)

Tatsächlich - das will ich hier auch deutlich machen - ist es uns auch mehrfach gelungen, allerdings gegen den erbitterten Widerstand des Wirtschaftsministeriums, immer wieder kleine Erhöhungen des Landeszuschusses durchzusetzen.

(Widerspruch SPD - Anita Klahn [FDP]: Das stimmt! Das war so!)

Das will ich ausdrücklich anerkennen.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, vielleicht ist es doch möglich, auch diesem Beitrag zuzuhören.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Danke schön, Herr Präsident. - Fakt ist aber auch, dass der Zuschuss, den Sie ab 2016 der Verbrau-

cherzentrale zahlen wollen, inflationsbereinigt geringer ist als im Jahr 2003. Wir haben in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren einen beispiellosen **Abbau der Verbraucherberatung** erlebt. Noch nie gab es so wenig Verbraucherberatung wie heute.

Die Zahl der Beratungsstellen ist in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Die **Öffnungszeiten der Beratungsstellen** mussten gerade erst im vergangenen Jahr aus Finanzgründen reduziert werden. Im nächsten Jahr kann sich die Verbraucherzentrale, wie die Kollegin Klahn sagte, keinen Pressesprecher mehr leisten. Eine Verbraucherzentrale, die die Öffentlichkeit ohne Pressesprecher informieren soll, ist Ihre Verantwortung.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

In den darauffolgenden Jahren sind die Beratungsstellen in der Fläche, so die Verbraucherzentrale, in unserem Land bedroht. Das heißt, Sie verantworten ein Sterben der Verbraucherzentrale auf Raten. Eine mittelfristige Existenzbedrohung der Verbraucherzentrale stellt selbst der Gutachter, den das Wirtschaftsministerium beauftragt hat, fest. Wenn Sie dem Standpunkt auch nicht glauben, dann möchte ich den ehemaligen für Verbraucherschutz zuständigen Minister Klaus Müller zitieren, heute Vorstand des Bundesverbands der Verbraucherzentralen. Er sagt, dass das Land seiner **Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung** nicht gerecht werde, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf CDU: Hört, hört!)

Wie wir in der Debatte gehört haben, sind die Ziele des Strategieprozesses, nämlich eine auskömmliche und dauerhafte Finanzierung der Institution zu sichern und auch eine Dynamisierung des Zuschusses zu erreichen, grandios gescheitert. Nichts davon soll in der Zielvereinbarung, die Sie anstreben, stehen: keine Dynamisierung, keine Finanzierung, die die Verbraucherzentrale unabhängig von Projektmitteln machen würde. Das Wirtschaftsministerium hat eine weitere Erhebung mit der Begründung abgelehnt, dass es sonst andere Projekte kannelisieren müsste. Das heißt doch nichts anderes, als dass Ihnen Subventionen an Unternehmen wichtiger sind, als Verbraucher vor Abzockern aus der Wirtschaft zu schützen. Diese Ansage spricht dem Versprechen im Koalitionsvertrag hohn, Verbraucherschutz zu sichern und auszubauen.

(Beifall PIRATEN)

(Dr. Patrick Breyer)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen hat sich gezeigt: Den Wirtschaftsminister für Verbraucherschutz zuständig zu machen, heißt, den Bock zum Gärtner zu machen. Wir fordern, die Zuständigkeit wie in anderen Ländern der Justizministerin oder dem Energiewendeminister zu übertragen.

Neben der Forderung nach einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung haben wir auch eine Vision für eine **Verbesserung des Verbraucherschutzes**, was in Ihrem Antrag komplett fehlt. Wir wollen ein kostenfreies Erstberatungsangebot über das Internet, Herr Kollege Voß. Wir wollen eine Ausweitung der bisher eingeschränkten Öffnungszeiten der Beratungsstellen und auch neue Beratungsstellen in Pinneberg und Neumünster. Wir fordern eine kostenfreie Beratung von Sozialleistungsempfängern, weil diese sich schon die heutigen Gebühren leider nicht mehr leisten können.

(Beifall PIRATEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanzierung, die wir fordern und auch beantragt und gegenfinanziert haben, ist doch kein unrealistisches Wunsch-dir-was, sondern ist in anderen Ländern selbstverständlich. Kaum ein Bundesland unterstützt, gemessen an seiner Einwohnerzahl, seine Verbraucherzentrale so wenig wie Schleswig-Holstein. Deswegen beantragen wir PIRATEN eine **Verbraucherschutzoffensive** für Schleswig-Holstein gegen eine ständige Existenzbedrohung dieser Einrichtung.

(Beifall PIRATEN)

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, und zwar nach den Feiertagen, für die ich Ihnen alles Gute wünsche. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Verbraucherberatung ist enorm wichtig. Es geht nicht ohne. Der Markt schafft von sich aus keine Gleichberechtigung. Im Gegenteil, die Verbraucher müssen aufpassen, dass sie nicht über den Tisch gezogen werden. Besonders hartleibige Anbieter, zum Beispiel in der Finanzierungsbranche, sorgen erst dann für faire Vertragsbedin-

gungen, wenn sie durch richterliche Urteile dazu gezwungen werden. Die Verbraucherzentralen haben in dieser Hinsicht **Musterklagen** vorangetrieben und **Rechtssicherheit** erwirkt. Unabhängige Verbraucherberatung und Verbraucheraufklärung sind deswegen unabdingbar.

Die Verbraucherzentralen sind auch in Sachen **Gesundheitsschutz** ein sehr wichtiger Akteur. Ganz aktuell warnt die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein vor sogenannten Wintertees, weil diese vor allem aus künstlichen Zutaten bestehen. Ich könnte die Liste der Aufgaben, die die Verbraucherzentrale wahrnimmt, fortsetzen. Die Verbraucherzentralen leisten unverzichtbare Arbeit. Sie sind ein zentraler Akteur.

Der Erfolg der Verbraucherberatung beruht unter anderem auf einer großen Flexibilität. Manches Produkt verschwindet vom Markt, dafür tauchen neue auf. Genau das berücksichtigt eine moderne Verbraucherberatung. Darum hat die **Digitalisierung** das Angebot verändert. Heute möchten die Verbraucherinnen und Verbraucher vom heimischen Schreibtisch aus Informationen abrufen. Immer mehr Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner können diese digitalen Angebote dank des Breitbandausbaus jetzt auch tatsächlich nutzen.

Digitale Informationswege und digitale Beratungs- und Vermittlungsangebote ergänzen also das bisherige Leistungsangebot der Verbraucherberatung. Dementsprechend nimmt die Bedeutung der persönlichen Beratung ab. Während sie zum Beispiel bei der Schuldnerberatung alternativlos ist, ist sie das bei der Produktberatung nicht. Im Gegenteil, diese Informationen möchten die Verbraucherinnen und Verbraucher unabhängig von Öffnungszeiten rund um die Uhr abrufen. Dementsprechend ist das Angebot, das auf den **Internetseiten der Verbraucherzentralen** abrufbar ist, enorm gewachsen und wird das auch in Zukunft tun. Auf den Seiten der Verbraucherzentrale findet man zu fast jedem Verbraucherthema leicht verständliche, aktuelle und unabhängige Texte sowie Videos. Deren Erstellung erweitert einerseits die Reichweite der Verbraucherberatung, erfordert aber auch eine ständige Veränderung der Struktur. Der Wirtschaftsminister hat das in der Vergangenheit mehrfach betont: Neue Aufgaben erfordern eine neue Struktur und nicht einfach immer nur mehr Geld.

Genau das schlägt sich in der Zielvereinbarung nieder, die zwischen Landesregierung und Verbraucherzentralen verhandelt wird. Die Landesregierung sichert die **Finanzierung der Verbraucherbera-**

(Flemming Meyer)

tung. Das ist ein unheimlich gutes Signal. Schließlich sind die Finanzierungsprobleme der Vergangenheit nicht vergessen. Mit dem Löcherstopfen ist es vorbei. Für die deutlich erhöhte institutionelle Förderung unternehmen wir große Anstrengungen, weil wir von der guten und soliden Arbeit der Verbraucherzentralen überzeugt sind. Die Verbraucherzentralen können ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen, und die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen. Im Gegenzug sichern die Verbraucherzentralen mit ihren Standorten die Erfüllung genau umrissener Aufgaben zu. Zu dessen Kern gehören die Themen Verbraucherrecht, Informationen zu Finanzdienstleistungen und Ernährung.

Beide Seiten profitieren von der Zielvereinbarung. Die Verbraucherzentrale kann an ihren Standorten zukunftsfester planen, und das Niveau der Verbraucherberatung wird dadurch gesichert. Ich denke, das ist der richtige und gute Weg.

Og her til sidst vil jeg også ønske jer en glædelig jul og et godt nytår.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat Minister Reinhard Meyer das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe PIRATEN, nein, jetzt kommt nicht die dunkle Seite der Macht,

(Heiterkeit - Beifall SPD und PIRATEN - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Aber auch nicht der ehrwürdige Yoda! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Da lässt sich aber etwas machen!)

sondern jetzt kommt ein Bekenntnis des Ministers zur Verbraucherberatung und auch zur Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, wie Herr von Pein es gesagt hat, als verlässlicher Anker der Verbraucherberatung hier in diesem Land.

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ich will darauf hinweisen, dass wir diejenigen sind, die mit der Verbraucherzentrale eine **verlässliche Finanzierung** über fünf Jahre absichern wollen,

(Beifall SPD und SSW)

dass wir diejenigen sind - das haben wir immer in allen Debatten gesagt -, die ein klar definiertes Aufgabenspektrum für die Verbraucherzentrale wollen. Wir wollen eine gut aufgestellte Organisation und auch eine verlässliche Verständigung über die gegenseitigen Erwartungshaltungen, und zwar in aller Offenheit.

Das habe ich an dieser Stelle immer betont. Genau dazu diente die Erarbeitung eines professionellen Gutachtens. Genau dazu dient der gemeinsam mit der Verbraucherzentrale gestaltete Organisationsentwicklungsprozess.

Niemand hat gesagt, dass das einfach war und ist, das will ich an dieser Stelle deutlich betonen. Ich möchte mich auch beim Vorstand des Vereins der Verbraucherzentrale dafür bedanken, dass wir es geschafft haben, uns auf eine Zielvereinbarung zu einigen.

(Beifall SPD und SSW)

Mein Dank gilt natürlich auch Herrn Staatssekretär Nägele - ich gebe das gern weiter, Herr Jasper - und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die daran mitgewirkt haben. Ich sage sehr deutlich: Das war auch gerade für und mit den Abgeordneten ein transparentes Verfahren.

Frau Klahn, Sie haben gesagt, wir sollten einmal rechnen. Das nervt mich an dieser Stelle. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: Wir haben 2012 einen Haushalt vorgefunden, in dem die Vorgängerlandesregierung die Zuwendungen an die Verbraucherzentrale von 758.000 € auf 698.000 € abgesenkt hat.

(Zuruf SPD: Unerhört! - Weitere Zurufe)

Jetzt rechnen wir einmal, was diese Landesregierung mit diesem Haushalt tut. Sie erhöht nämlich die Landeszuwendung auf 870.000 €. Zusätzlich werden Kleinprojekte in Höhe von 25.000 € gefördert. Das ist ein Plus von 25 %.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Olaf Schulze [SPD]: Mal zusammenrechnen! - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist genauso wie beim Straßenbau. Auch dort geben wir mehr Geld hinein. Es sind Ausreden, wenn Sie immer sagen: Das war damals alles viel schlimmer mit der finanziellen Lage, wir waren gar nicht in der Lage. - Wann hört das endlich einmal auf? Das war damals ein klares Bekenntnis gegen die Verbraucherzentrale, wenn man nach Jahren der

(Minister Reinhard Meyer)

Stagnation, die es gegeben hat, diese Zuwendung noch einmal absenkt.

Wir machen das anders. Wir machen das in einem gemeinsamen Diskussionsprozess, und das sage ich den PIRATEN: Es geht nicht immer nur um mehr Geld. Natürlich geht es auch darum, die Aufgaben zu finanzieren, aber es geht auch darum, **Kernaufgaben** und Kernorganisation zu verbessern und gemeinsam zu vereinbaren, was die Kernthemen sind. Das sind die Verbraucherrechte, das sind die Finanzdienstleistungen und das ganze Thema Lebensmittelberatung und Ernährung. Das sind wichtige Themen, die wir gemeinsam als Kernthemen definiert haben.

Es geht auch darum, dass es für die Verbraucherzentrale natürlich schwierig ist, immer abzuwägen zwischen projektfinanzierten Stellen und institutionell geführten Stellen. Auch dieses Geflecht ein Stück weit aufzulösen und die Kernorganisation zu bestimmen, gehört dazu.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Uli König?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja, bitte.

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Minister, Sie sagen, es gehe nicht immer nur ums Geld. Ich bitte Sie, uns zu erklären, wie die Verbraucherzentrale dauerhaft eine gleichbleibende Beratungsleistung aufrechterhalten soll, wenn in den letzten 15 Jahren nicht einmal durchgängig ein Inflationsausgleich da war?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

- Herr König, auch für Sie gilt: Schauen Sie in den Haushalt, es gibt ein Plus von 25 %. Wir haben jetzt den Anfang gemacht mit einer vernünftigen und inhaltlichen und organisatorischen Analyse, und das ist unser klares Bekenntnis zur Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Jasper hat es schon gesagt, und ich will noch einmal deutlich darauf hinweisen, was die **fünf Beratungsstellen** angeht: Auch hier brauchen wir natürlich die **Hilfe der Kommunen**. Es war nie so, dass die Landesregierung von vornherein die Bera-

tungsstellen durchfinanziert hat. Es ist Aufgabe der Verbraucherzentrale, darüber zu entscheiden, wie solche Beratungsstellen in Zukunft orientiert und gesteuert werden und wie sie diese mit den Kommunen vor Ort, die Beispiele Norderstedt und Heide wurden genannt, zu finanzieren haben. Auch hier verändert sich die Beratungslandschaft. Insbesondere das **Internet** spielt eine immer größere Rolle. Wir haben deshalb in der Verbraucherarbeit angemahnt, dass die Verbraucherzentrale ein Konzept zur zunehmenden Digitalisierung, zur Mobilität und zur Reichweitenerhöhung vorlegen wird. Das wird geschehen, das ist in der Vereinbarung abgesichert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

So kurz vor Weihnachten nicht, danke, meine Damen und Herren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn Sie uns jetzt einen Dreiminutenbeitrag bescheren, dann kriegen Sie nichts zu Weihnachten! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Wir stehen als Landesregierung zu den Kernpunkten des Gutachtens. Wir stehen zu einer Absicherung, auch zur **finanziellen Absicherung**, der Verbraucherarbeit durch die Verbraucherzentrale. Wir haben im Haushalt durch die 890.000 € sehr deutlich gemacht, dass wir zur Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein stehen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Da ich der letzte Redner der Landesregierung bin, erlaube ich mir in Absprache mit dem Ministerpräsidenten, Ihnen alles Gute zum bevorstehenden Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr zu wünschen. Keine Frage, wir sehen uns wieder. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Bevor ich dem Abgeordneten Bernd Voß das Wort erteile, begrüßen wir die Verantwortlichen der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein auf der Tribüne. - Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

(Präsident Klaus Schlie)

Zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Meyer, seien Sie nicht böse, dass ich noch einmal herkomme und an dieser Stelle das letzte Wort spreche. An die PIRATEN: Sie schreiben an einer Stelle in Ihrem Antrag das Wort Internet hinein, aber Sie fordern: Internetberatung umsonst. Das ist klassisch und beispielhaft dafür, wie Sie Ihre Anträge aufbauen. Das ist überhaupt nicht dadurch gekennzeichnet, wie man Verbraucherberatung mit einer nach vorn gerichteten **Digitalisierungsstruktur** weitergehend aufbaut. Wir haben in unserem Antrag sehr deutlich gesagt, dass wir es für geboten halten, mindestens fünf Außenstellen zu unterhalten.

Ich will noch etwas zu den **Außenstellen** sagen. Vielen Dank, Herr Jasper, Sie haben das auch angeführt, dass wir bei den Außenstellen eine kommunale Mitfinanzierung haben. Ich glaube, die liegt in Schleswig-Holstein teilweise bei 8.000 €. Sie liegt jedenfalls meistens im vierstelligen Eurobereich. Im Musterland der Verbraucherarbeit, so will ich das einmal nennen, in Nordrhein-Westfalen, sind es 160.000 €, die die Kommunen im Schnitt jeweils dazuzahlen, wenn sie eine Verbraucherberatungsstelle haben.

Ich glaube, wir müssen ganz genau gucken, wie es anderswo läuft. Wir werden diesen Prozess in den nächsten Jahren intensiv weiterführen müssen, denn hier gibt es schon eine Schwachstelle. Wenn ich es ein bisschen flapsig sagen soll, dann sind das hier Beträge, bei denen die Kosten der Verwaltungsarbeit höher sind als das Geld, das reinkommt. Das ist das eine.

Das andere ist klar: Wir stehen in Deutschland, was die Kostenübernahme der Verbraucherzentrale pro Einwohner angeht, hinten. Uns ist aber mehr als klar, was für einen Haushalt wir haben und welche haushälterischen Probleme wir haben. Ich glaube, FDP und PIRATEN sollten aufhören, alles gegen die Wand zu quaken. Wir haben es bei der Verbraucherzentrale letztlich mit einem selbstständigen eingetragenen Verein zu tun. Da muss man sich einmal überlegen, wie man den beschädigt, wenn man meint, alles und jedes Detail an die Wand quatschen zu müssen.

Nach diesem Beitrag wünsche ich zum Schluss: Schöne Weihnachten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. Da keine Ausschussüberweisung beantragt worden ist, gehe ich davon aus, dass wir in der Sache abstimmen? - Das ist der Fall.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3681 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen.

(Zurufe)

- Die FDP nicht? - Noch einmal: Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3643 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU- und der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 31, 32 und 33 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Bündnis für Industrie.SH**

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3638

b) Eckpunkte der industriepolitischen Strategie des Landes

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3532

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3639

(Präsident Klaus Schlie)

c) Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1964

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3640

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses. - Herr Abgeordneter Vogt ist nicht da. Wer erstattet den Bericht? - Der Stellvertreter? - Wer ist das? - Der ist auch nicht da. Welches Mitglied des Wirtschaftsausschusses ist bereit, den Bericht zu erstatten? - Herr Abgeordneter Matthiessen ist so nett.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank für Ihre Berichterstattung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So etwas nennt man eine spontane Hilfeleistung. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden sollen zu Protokoll gegeben werden.

Wir kommen zur Abstimmung zu a) Bündnis für Industrie.SH, Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 18/3638. Mit der Drucksache haben die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu b): Eckpunkte der industriepolitischen Strategie des Landes, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3532. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die PIRATEN haben zugestimmt!)

- Die PIRATEN waren dafür. Okay. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung zu c): Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1964. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/1964 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

ÖPNV mit zusätzlichen Regionalisierungsmitteln im ländlichen Raum stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3636

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Antrag in der Drucksache 18/3636 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Ökoliner fördern und deren Akzeptanz erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3646

Das Wort zur Begründung wird auch hier nicht gewünscht. Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen. Ich schlage auch hier vor, den Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betreffend Verfassungsbeschwerde gegen Regelungen des Rechts der Spielhallen in Berlin, des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen sowie des Gesetzes zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland

(Präsident Klaus Schlie)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/3650

Ich erteile das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Verehrter Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht keine Stellungnahme abzugeben. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 43 auf:

Bericht für die Unterrichtssituation im Schuljahr 2014/15

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3621

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/3621 dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/3665

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine GesamtAbstimmung nach § 63 Absatz 1a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/3665. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist nicht der Fall.

Ich weise noch auf folgende Änderungen hin: Der Gesetzentwurf zum Tagesordnungspunkt 8 - Ände-

rung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik - soll mitberatend dem Sozialausschuss überwiesen werden.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/3665 einschließlich der eben bekannt gegebenen Änderung zu Tagesordnungspunkt 8 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns somit am Ende der Tagesordnung. Ich darf Ihnen allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit während der letzten Tage vor Weihnachten wünschen. Ich darf Ihnen eine entsprechende Erholung über das Jahr hinweg wünschen und wünsche Ihnen darüber hinaus, dass Sie sich auch von den schwierigen politischen Entscheidungen, die wir - ich darf mir diese Bemerkung erlauben - in ganz großer Verantwortung insbesondere auch heute gefällt haben - erholen werden. Das ist, wie ich glaube, ein sehr wegweisender Beschluss, wie immer der einzelne Abgeordnete abgestimmt haben mag. Ich bin sicher, dass es hier einzig und allein um die Interessen des Landes Schleswig-Holstein und um nichts anderes ging.

Ich darf auch daran erinnern, dass wir denen, die sich hier im Plenarsaal als Abgeordnete, aber gerade auch denen, die sich draußen im Lande als Bürgerinnen und Bürger oder als hauptamtlich Verantwortliche um die Bewältigung und um die humanitäre Notwendigkeit gekümmert haben, um den Menschen, die aus Not aus ihren Heimatländern geflohen sind, Unterkunft zu bieten, sie zu versorgen und die ersten Integrationsschritte einzuleiten, zu tiefem Dank verpflichtet sind.

(Beifall)

Diese Aufgabe wird auch im nächsten Jahr mit Sicherheit noch fortgesetzt werden müssen.

Auch hier - gestatten Sie mir auch diese Bemerkung - bin ich der Auffassung, dass dieses Hohe Haus, auch wenn es unterschiedliche politische Nuancen gab, seiner eigenen großen Verantwortung gerecht geworden ist.

Lassen Sie mich auch erinnern an die Soldatinnen und Soldaten, die wir beide, Herr Ministerpräsident, gerade gemeinsam aus Schleswig-Holstein zum Friedenseinsatz in Syrien entlassen mussten, aber auch an die Soldatinnen und Soldaten, die in Auslandseinsätzen in anderen Teilen der Welt unter-

(Präsident Klaus Schlie)

wegs sind. Auch denen wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest.

Ihnen allen wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr. Ich freue mich darauf, dass wir uns im kommenden Jahr in verantwortungsvoller Arbeit für die Mitbürgerinnen und Mitbürger des Landes Schleswig-Holstein wiedersehen.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:06 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

a) Bündnis für Industrie.SH

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3638

b) Eckpunkte der industriepolitischen Strategie des Landes

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3532

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3639

c) Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1964

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/3640

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU Schleswig-Holstein ist die Industrie eine der tragenden Säulen unserer schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Wir brauchen diese industrielle Basis auch im Norden, nämlich da, wo die Häfen sind, wo Hamburg unser Tor zur Welt ist und gleichzeitig der Hamburger Hafen der größte Arbeitgeber von Schleswig-Holstein ist.

Das Statistikamt Nord hat am 24. November diesen Jahres für die Industrie in Schleswig-Holstein in den ersten drei Quartalen 2015 rückläufige Umsätze veröffentlicht - im Übrigen einen Tag bevor der Wirtschaftsminister in Büdelsdorf sein neues Bündnis für Industrie in einer gemeinsamen Erklärung mit vielen industriepolitischen Akteuren geschlossen hat. - Dabei ist der Umsatz der größten Industriebetriebe in Schleswig-Holstein im Vergleich zu 2014 um 9 % eingebrochen.

Grundsätzlich halte ich die Punkte, die Sie in Ihrem Bündnis für Industrie als Leitbild für den Industriestandort Schleswig-Holstein zusammengefasst haben, für wesentlich und wichtig. Aber leider haben

Sie zu all diesen wichtigen Punkten nichts Konkretes zu bieten.

Was mich auch erstaunt, ist, dass der zugrundeliegende Antrag der FDP von Anfang Juni 2014 stammt. 18 Monate lang glänzte die Landesregierung durch Nichtstun - mit Ausnahme der Schaffung eines Industriereferats. Deswegen ist auch das von der Landesregierung vorgestellte Industriebündnis enttäuschend. Keine konkreten Aussagen zum Weiterbau der A 20, nichts zur Fehmarnbelt-Querung, nichts zum Breitbandausbau, nichts Konkretes zu Innovationen und Technologie, nichts zur Weiterentwicklung der Cluster.

Der UV-Nord hat im September 2014 in seiner Stellungnahme zum industriepolitischen Konzept klar herausgestellt, dass die Industrie in der politischen Diskussion in Schleswig-Holstein viel zu wenig im Fokus gestanden hat. Daran ändert leider auch das Industriebündnis der Landesregierung nichts, weil es keinerlei konkrete Punkte bietet, die für die Industrie umgesetzt werden könnten. Man kann nur hoffen, dass die Landesregierung in den Diskussionen in den Arbeitsgruppen endlich industriepolitisch auf Trab gebracht wird.

Meine Damen und Herren, Industrie ist überall in Deutschland Innovationstreiber, sie sorgt für qualitatives Wachstum und dort, wo sie ansässig ist, für eine sehr hohe Lebensqualität und im Übrigen auch immer weniger Umweltbelastung. Schleswig-Holstein hat die Chance, bei den globalen Megatrends wie der Energieeffizienz, dem Klimaschutz und der Mobilität eine Vorreiterrolle zu spielen, um neue Industrie in Schleswig-Holstein anzusiedeln. Und das alles trotz des demografischen Wandels!

Das wird uns aber nicht gelingen, wenn hier von Minderheiten in diesem Parlament weiter kleinkariert wesentliche Infrastrukturprojekte, wie die Fehmarnbelt-Querung oder die A 20 blockiert werden. Die Zukunft fängt in den Köpfen der Handelnden an und setzt sich in der täglichen Arbeit fort. Gute Infrastruktur ist doch die Grundlage für eine gute Industrieentwicklung in Schleswig-Holstein. Daher ist es ein Armutszeugnis dieser Landesregierung, dass diese wichtigen Infrastrukturprojekte im Industriebündnis nicht einmal erwähnt werden.

Meine Damen und Herren, MP Albig hat in seiner Regierungserklärung vor dreieinhalb Jahren darüber philosophiert, Industrie an der Westküste anzusiedeln, da wo die Energie produziert wird. Nach

(Johannes Callsen)

über 1.000 Tagen darf man schon mal fragen, welche Industriebetriebe der Regierungschef mit seiner Richtlinienkompetenz denn angesiedelt hat.

Meine Damen und Herren, die traurige Wahrheit kennen Sie selbst. Es ist aber auch kein Wunder, denn die Rahmenbedingungen stimmen auch einfach nicht!

Die industriepolitische Überzeugung der CDU ist, sich an den ordnungspolitischen Prinzipien im Sinne der sozialen Marktwirtschaft auszurichten. Für uns ist wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum, den Wohlstand, die Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen in Schleswig-Holstein dauerhaft zu stärken. Dafür ist eine erstklassige Qualifikation, moderne Technologien und Innovationen, kosteneffizienter Umwelt- und Klimaschutz, aber auch die Sicherung von Rohstoff- und Energieversorgung sowie die effiziente Nutzung von Ressourcen zwingend notwendig.

Dafür müssen unsere Gesetze so gestaltet sein, dass sich unsere Unternehmen an veränderte globale Rahmenbedingungen auch anpassen können. Ihre Bürokratieaufbaugesetze sind genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen.

Die CDU ist der Überzeugung, dass eine verlässlich gut ausgebaute Infrastruktur eine notwendige Voraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort Schleswig-Holstein darstellt. Wir müssen moderne und zukunftsfähige Rahmenbedingungen für industrielle Innovationen und Produktionen schaffen. Unser Ziel muss die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schleswig-Holstein sein.

Dazu gehört auch der Abschluss von den auszuhandelnden Freihandelsabkommen mit Kanada, mit den USA aber auch mit China und anderen Regionen auf der Welt. Wenn wir das nicht mutig angehen, stehen wir am Ende ohne alles da und andere machen für uns die Regeln, von denen wir das nicht wollen, nämlich ohne Industrie und ohne unsere Standards.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Die Industriepolitik in Schleswig-Holstein geht mit großen Schritten voran, industriepolitische Impulse werden gesetzt. Wie wir zuletzt in Büdelsdorf hautnah erleben konnten, setzen sich alle wichtigen Akteure intensiv mit dem Thema auseinander.

Ich danke der Landesregierung dafür, den industriepolitischen Kongress als Auftakt für ein breites

Bündnis zu nutzen. Und der Ort - die ACO-Hallen - war auch noch perfekt dafür gewählt - ein historischer Ort, an dem in der Geschichte „Industrie“ gelebt wurde und der daher gut für die Diskussion einer Neu-Orientierung der Industriepolitik in Schleswig-Holstein dient. In Büdelsdorf wurden die Rahmenbedingungen für die Zukunft der Industrie in Schleswig-Holstein aufgezeigt und grundsätzliche Aussagen zu diesen getroffen.

Wir haben starke Branchen wie die Energiewirtschaft, die Land- und Ernährungswirtschaft, den Maschinenbau sowie die chemische und pharmazeutische Industrie, die maritime Wirtschaft und die Medizintechnik. Wir haben eine Wirtschaft, die geprägt ist durch Familienunternehmen und Mittelstand, hochausgebildete Fachkräfte. Stärken, auf denen wir aufbauen können und wollen.

Als Abgeordneter aus dem Hamburger Umland kann ich unterstreichen, dass es hier und auch in den größeren Städten unseres Landes viel Potential für die Entwicklung von Industrie gibt. Im Hamburger Rand und in den kreisfreien Städten gibt es starke Unternehmen, die gute Rahmenbedingungen benötigen. Wichtig zu nennen ist auch der Industriestandort Brunsbüttel, der schon jetzt sehr stark ist und weiter nach vorn gebracht werden muss.

Aber auch die Breite unseres Landes bietet gute Bedingungen. Die vernetzte Wirtschaft, verbunden durch Hochleistungsnetze, ist die Zukunft. Auch vermeintlich „weiche“ Faktoren wie Lebensqualität, Bildung, Wohnraum werden dabei wichtig sein.

Dies war nur der Anfang. Industriepolitik ist kein Auslaufmodell in Zeiten einer Dienstleistungsgesellschaft. Nein, nicht erst seit der Wirtschaftskrise wissen wir unser starkes industrielles Rückgrat zu schätzen. Umso wichtiger, dass wir es weiter stärken und fit machen für die Zukunft. Die fünf Schwerpunkte, die auf dem industriepolitischen Kongress formuliert wurden, sind ein guter erster Schritt.

Bei der Verbesserung der Wahrnehmung von Schleswig-Holstein als Wirtschaftsstandort und gutem Marketing sind wir mit dem „echten Norden“ schon ganz weit vorn. Anfangs wurde darüber teilweise noch gelacht, jetzt sehen wir, wie erfolgreich sich der neue Claim durchgesetzt hat. Dies wird auch unserer Industriepolitik nützen. Digitalisierung, Industrie 4.0, Datensicherheit. Dies wird die „vernetzte“ Wirtschaft nach vorn bringen.

Die Energiewende nimmt einen weiteren Schwerpunkt ein. Sie ist zu Recht ein Imagefaktor für unser Land.

(Tobias von Pein)

Ohne die Arbeitskräfte in den Unternehmen würde nichts laufen. Deshalb müssen wir die guten Arbeitsbedingungen als Standortvorteil begreifen und das Fachkräftepotential des Landes als Faktor für Ansiedlung von Industrie betrachten.

Als Land zwischen den Meeren ist darüber hinaus die maritime Industrie für uns sehr wichtig. Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen, der Energiewende in der Schifffahrt und neue - zivile - Kompetenzfelder, wie zum Beispiel die Offshore-Industrie stehen auf der Agenda.

Meine Damen und Herren, diese Tage und Wochen zeigen: Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg. Das „Bündnis für Industrie.SH“ ist breit. Jetzt kommt es darauf an, die Chancen zu nutzen.

Schleswig-Holstein hat eine starke Industrie verdient. Das neue industriepolitische Konzept bringt unser Land in diesem Sinne gut voran. Es ist ausgewogen, realistisch und wird unser Land bewegen. Für eine starke und zukunftsfähige Industrie!

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir so kurz vor Weihnachten erneut über eine wichtige politische Initiative der FDP-Fraktion sprechen. Ich bin fest davon überzeugt, dass unser Bundesland eine Diskussion über das Thema Industriepolitik braucht. Das ist ein wichtiger Baustein, um hier insgesamt zu besseren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu kommen, die ja wiederum die Grundvoraussetzung für die Sicherung und Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen, guten Einkommen und besseren Lebenschancen gerade für junge Menschen ist.

Es ist natürlich ausgesprochen bedauerlich, dass unser erster Antrag zu diesem Thema, mit dem wir bereits im vergangenen Jahr ein industriepolitisches Konzept des Landes gefordert haben, trotz umfangreicher Anhörung im Wirtschaftsausschuss mit zahlreichen positiven Rückmeldungen offenbar keine Mehrheit finden wird. Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung zwischenzeitlich im Wirtschaftsministerium ein eigenständiges Industriereferat eingerichtet und auch eine industriepolitische Strategie beschlossen hat, können wir dies jedoch einigermaßen verschmerzen. So ist das nun einmal auf den harten Oppositionsbänken.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, dass unsere Anträge wirken, auch wenn sie von den regierungstragenden Fraktionen mit recht fadenscheinigen Begründungen abgelehnt werden. Ich möchte

es anstandshalber an dieser Stelle aber nicht versäumen, Wirtschaftsminister Meyer, der die Idee unseres Antrages aufgegriffen hat, an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Er ist da mal wieder etwas weiter als die Koalitionsfraktionen.

Aber im Ernst: Auf dem Weg zu einer sinnvollen Industriepolitik kann es natürlich nur ein erster Schritt sein, das Ministerium entsprechend anders zu organisieren, Papiere zu beschließen und Regierungskongresse zu veranstalten.

In einem Bundesland, das natürlich nicht zu den klassischen Industriehochburgen Mitteleuropas zählt, ist auf jeden Fall schon einmal nicht so schlecht, dass nicht nur eine breite Mehrheit hier im Hohen Hause, sondern auch Gewerkschaften, Kammern, Unternehmensverbände und auch Vertreter der Wissenschaft mittlerweile zur Notwendigkeit einer aktiven Industriepolitik bekennt.

Die industriepolitische Strategie der Landesregierung geht zwar in die richtige Richtung, sie ist jedoch aus unserer Sicht völlig unzureichend, um den industriepolitischen Herausforderungen auch wirksam zu begegnen.

Uns fehlen darin zum Beispiel klare Zusagen der Landesregierung, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, die Kooperationen mit Hamburg konkret auszubauen oder auch die gezielte Stärkung von Forschung und Entwicklung sowie Maßnahmen zum Bürokratieabbau.

Meine Damen und Herren, die Stellungnahmen, die uns im Rahmen der schriftlichen Anhörung zu unserem Antrag erreicht hatten, haben ja deutlich gemacht, dass ein industriepolitisches Konzept für Schleswig-Holstein nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich ist. Die schleichende De-Industrialisierung Deutschlands schreitet in Schleswig-Holstein schließlich schneller voran als im Bundesdurchschnitt. Deshalb muss hier endlich deutlich mehr getan werden, damit dieser Trend schnellstmöglich zunächst gestoppt und dann umgekehrt wird. Schleswig-Holstein hat aus unserer Sicht im Bereich der Industrie noch sehr Potential.

Kollege Matthiessen, Sie hatten ja im Ausschuss zur Begründung Ihrer Ablehnung unseres ersten Antrages gesagt, es sei inhaltlich falsch, dass wir formuliert haben, dass es das Ziel sein müsse, dass unser Bundesland bei bestimmten wirtschaftlichen Parametern bis 2030 „wieder“ im Bundesdurchschnitt liegen soll, weil dies ja nie der Fall gewesen sei. Damit haben Sie vermutlich Recht. Deshalb haben wir das Wörtchen „wieder“ dann auch gestrichen. Sie haben dann gesagt, dieses Ziel sei aber

(Christopher Vogt)

auch völlig unrealistisch. Ich bin der Meinung, dass meine ehrgeizige Ziele braucht, um erfolgreich zu sein. Ich bin auch davon überzeugt, dass die Digitalisierung unserem Bundesland da gewaltige Chancen bieten wird. Die Digitalisierung wird die Industrie in den nächsten 15 Jahren so stark verändern, wie es seit über 100 Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist. In der IHK-Studie zur Industrie in Schleswig-Holstein war eine gute Internetverbindung übrigens der am meisten genannte Punkt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung muss nun durch Taten und der Umsetzung konkreter Maßnahmen zeigen, dass sie die notwendige Stärkung des Industriestandortes auch tatsächlich ernst nimmt und anpackt. Dafür muss das geschmiedete Bündnis für Industrie jetzt mit Leben gefüllt werden und die Wirtschaftspolitik der Landesregierung in vielen Punkten korrigiert werden.

Entscheidend sind am Ende eben nicht Papiere und Veranstaltungen, sondern die Umsetzung von sinnvollen Maßnahmen zur Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Mit Blick auf die Unterstützung von wirtschaftsfeindlichen Projekten der Bundesregierung, zum Beispiel aktuell bei der Reform der Erbschaftssteuer, habe ich jedoch große Zweifel, ob sie daran wirklich interessiert ist. Der peinliche Begrüßungsantrag der regierungstragenden Fraktionen sagt eigentlich alles: keinerlei eigene Akzente und dazu auch noch eine Falschaussage. Wir werden die Beschlussempfehlung ablehnen und an dem Thema dranbleiben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.